

# ENERGIEDEPESCHE

INFORMATIONEN FÜR ENERGIEVERBRAUCHER

Oktober 2020 | Ausgabe 3/2020

Bund der Energieverbraucher e. V.



WIE KLIMAWANDELLEUGNER GESTEUERT WERDEN

## Marionetten der Fossilwirtschaft

WIE SICH DIE BEVÖLKERUNG GEHÖR VERSCHAFFT

## Die Zivilgesellschaft formiert sich

PHOTOVOLTAIKANLAGEN NACH DEM ENDE DER EEG-VERGÜTUNG

## Perspektiven für PV-Altanlagen

SERVICEANGEBOT ZUR HEIZUNGSOPTIMIERUNG AUFGEWERTET

## Neues Heizungs-EKG des Vereins

## Liebe Leserinnen und Leser



**D**ie AfD-Bundestagsfraktion hält die Klimawirksamkeit von CO<sub>2</sub> für eine „völlig unbewiesene Hypothese“ (Bundestagsdrucksache 19/22450) und die Werteunion Bayern behauptet in ihrem Klima-Manifest 2020, dass Ursula von der Leyen „nichts weniger als die Einführung eines europaweiten, grünen Sozialismus“ plane. Man könnte darüber herzlich lachen, wenn es nicht politisch so wirksam wäre: Deutschland ist das einzige Land ohne Autobahn-Tempolimit und selbst erzeugter PV-Strom wird hierzulande immer noch mit der EEG-Abgabe zur Förderung genau solcher Anlagen verteuert – die Liste der politischen Blockaden für die Erneuerbaren und wirksamen Klimaschutz ließe sich fortsetzen. Auf dieser Liste steht leider auch das als Entwurf vorliegende EEG 2021.

Wir decken in zwei Artikeln auf den Seiten 14 bis 19 die Arbeitsweisen und Allianzen der Klimaleugner auf. Es ist erschreckend, wie naturwissenschaftliche Selbstverständlichkeiten und klares Denken von wohlerzogenen Bürgern ignoriert werden, die sich nicht einmal genieren, dies auch noch schriftlich festzuhalten.

Weil Nichthandeln in der Klimakrise das Überleben der Menschheit bedroht, greift der Protest dagegen um sich. Die Jungen rufen: „Ihr klaut uns unsere Zukunft! Weil erneuerbare Energien schon heute günstiger als fossile Energien sind, gibt es keine Ausreden mehr!“ Weil die Zeit drängt, steht inzwischen auch bei vielen, nicht nur jungen, Menschen ziviler Ungehorsam auf der Agenda (Seiten 22 bis 25). Welche energiepolitischen Positionen der Bund der Energieverbraucher vertritt, haben wir auf den Seiten 32 und 33 zur Diskussion gestellt.

Auch konkrete Tipps erhalten Sie auf den folgenden Seiten. Die ersten PV-Anlagen fallen zum Jahreswechsel aus der EEG-Förderung. Wie Sie Ihre Anlage weiterbetreiben können, lesen Sie auf den Seiten 26 und 27. Wenn es nun draußen wieder kalt wird und geheizt werden muss, lohnt es sich, die Funktionsweise von Thermostatventilen zu verstehen, um Energiekosten zu sparen (Seiten 28 und 29). Auch sollten Sie aufgrund der derzeit sehr niedrigen Heizölpreise schnell Ihre Tanks auffüllen (Seite 5). Wenn Sie Ihre Heizung im Verdacht haben, zu Unzeiten zu viel oder zu wenig zu heizen, dann sollten Sie eine gründliche Diagnose machen: Unser Heizungs-EKG und eine Auswertung durch Energieexperten hilft Ihnen dabei (Seiten 30 und 31).

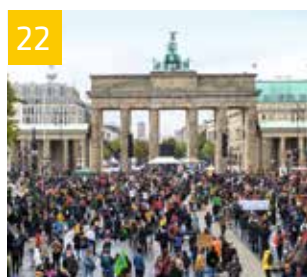
Viel Spaß mit den folgenden Seiten wünscht Ihnen herzlich Ihr

Aribert Peters



Aribert Peters

Die Wissenschaft ist sich einig. Warum leugnen trotzdem Viele die Klimakrise?



Stefan Müller (CC BY 2.0)

Die Untätigkeit der Politik in der Klimakrise treibt die Bürger auf die Straße



Paul Maguire / stock.adobe.com

Ende der Einspeisevergütung für PV-Altanlagen – welche Optionen haben die Betreiber?



Louis-F. Stahl

Ist meine Heizung optimal eingestellt? Das Heizungs-EKG des Vereins verrät es Ihnen

## ENERGIEAKTUELL

- 4 Gorleben aus dem Rennen  
Geld für AKW Hinkley Point
- 5 Investitionen in Öl eingebrochen  
Steag verklagt Deutschland  
Heizölpreis niedrig – Jetzt volltanken
- 6 Anspruch auf E-Auto-Ladestation  
Haushalte immer sparsamer  
Tempolimit gut fürs Klima  
E-Bike-Boom hält an
- 7 Wind- und Sonnenkraft kombiniert  
Energiewendechance vertan
- 8 Schornsteinfegerpreise steigen  
Bundesländer als Vorreiter  
Prepaidzähler reloaded

## PREISPROTEST

- 9 Wechselkunden? Nein danke!
- 10 Netzentgelte als Blackbox  
EEG-Umlage gedeckelt  
Netze nicht marktbeherrschend
- 11 Netzausbau wider Willen?  
Kommunaler Rückkauf und Rabatte
- 12 Energetische Modernisierung  
BEV-Insolvenzupdate  
Kleinreparaturklausel
- 13 Dauerbrenner  
Rohrwärmeverluste  
Überhöhte Inkassokosten  
Recht auf Preisanpassung  
Kaum Aussicht auf Schadenersatz

## UMWELTPOLITIK

- 14 Marionetten der Fossilwirtschaft
- 18 Berechtigte Zweifel an den Zweifeln
- 22 Die Zivilgesellschaft formiert sich

## MEINUNGSFORUM

- 20 Leserbrief

## ERNEUERBARE

- 26 20 Jahre EEG: Perspektiven für PV-Altanlagen

## ZUHAUSE

- 28 Heizungsthermostate: Unscheinbare Energiesparer

## VEREININTERN

- 30 Jetzt noch besser: Heizungs-EKG 3.0
- 32 Energiepolitische Positionen des Vereins
- 34 Radonmessung mit Radon-Scout  
Hauptversammlung am 14. November 2020  
Stabwechsel am Telefonhörer
- 35 Servicewelt für Mitglieder
- 39 Literatur und Termine
- 40 Hauptversammlung und Tagung vom Bund der Energieverbraucher e.V.

Impressum | Energiedepesche 3/2020

Die **Energiedepesche** erscheint vierteljährlich

**Redaktionsschluss**  
28. September 2020

**Herausgeber**  
Bund der Energieverbraucher e. V.  
Frankfurter Straße 1, 53572 Unkel  
Telefon/WhatsApp: 02224.123123-0  
Telefax: 02224.123123-9  
redaktion@energiedepesche.de  
www.energieverbraucher.de

**Bankverbindung**  
Volks- und Raiffeisenbank Neuwied-Linz  
IBAN: DE82 5746 0117 0005 8137 72

**Chefredaktion und V.i.S.d.P.**  
Louis-F. Stahl (lfs)

**Redaktion und ständige MitarbeiterInnen**  
Manuela Engelbrecht (me)  
Leonora Holling (lh)  
Dr. Aribert Peters (ap)  
Daniela Roelfsema (dr)  
Susanne Schneidereit (sus)

**Mitwirkende dieser Ausgabe**  
Dr. Eva Lichtenstern-Peters,  
Sabrina Müller, Dr. Eva Stegen

**Layout**  
DesignBüro Blümling, Köln  
mail@bluemlingdesign.de

**Einzelheft** 5 Euro inkl. MwSt.  
**Jahresabo** 22 Euro inkl. Versand  
Für Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Titelbild**  
Gerhard Mester (CC BY-SA 4.0)

**Bildnachweis**  
Urhebervermerk am jeweiligen Motiv  
Lizenztext für CC-Lizenzen siehe  
<https://www.creativecommons.org/licenses/>  
Übrige: Bund der Energieverbraucher e.V.

**Anzeigenleitung**  
BigBen Reklamebüro  
Telefon: 04293.890890  
br@bb-rb.de | bdev.de/anzeigen

**Druck**  
Medienhaus Plump GmbH  
Rolandsecker Weg 33  
53619 Rheinbreitbach  
www.plump.de

Gedruckt auf CO<sub>2</sub>-neutral hergestelltem Recyclingpapier ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen "Blauer Engel"  
ISSN: 0933-8055 | PVK/ZKZ: Z 2045 F

Eine Haftung für fehlerhafte oder unrichtige Informationen wird ausgeschlossen.  
Die Redaktion haftet nicht für Beiträge Dritter. Nachdruck oder Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.





## ATOMMÜLL-ENDLAGERSUCHE

## Gorleben aus dem Rennen

Am 28. September 2020 ließ die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit der Veröffentlichung ihres ersten Zwischenberichtes zur Endlagersuche eine Bombe platzen: Flächenmäßig komme die halbe Republik für ein Endlager grundsätzlich in Frage. Ausgerechnet der seit den 1970er Jahren von Politik und Atomindustrie favorisierte Standort Gorleben in Niedersachsen sei jedoch ungeeignet. Der Zwischenbericht der BGE stellt dabei pikanterweise fest, dass Gorleben wegen „geologischer Mängel“ offensichtlich nicht geeignet ist. Der Salzstock weise ein nicht intaktes Deckgebirge auf und die Gewässerchemie sei ebenfalls ungeeignet, so der Bericht weiter.

Es stellt sich die Frage, warum am offensichtlich ungeeigneten Standort Gorleben über Jahrzehnte festgehalten wurde. Über 1,3 Milliarden Euro wurden seit 1979 in die Erkundung und den Ausbau von Gorleben versenkt. Dieses Geld kann nun abgeschrieben werden.

Insgesamt sollen basierend auf den Ergebnissen des Zwischenberichtes in einer weiteren Phase der Endlagersuche 90 Gebiete näher untersucht werden. Bis zum Jahr 2031 soll die BGE den aus wissenschaftlicher Perspektive bestgeeigneten Standort für ein Atommüllendlager ermitteln. Ob dieser „ideale“ Standort zu gegebener Zeit auch politisch realisierbar sein wird, bleibt abzuwarten. Die bayerische Landesregierung zweifelte den Sinn eines

ergebnisoffenen Suchprozesses basierend auf rein wissenschaftlichen Methoden bereits grundsätzlich an und stellte politisch fest, dass der Untergrund in Bayern nicht geeignet sei. (Ifs)

► [bdev.de/endlagerbericht](https://bdev.de/endlagerbericht)

## ATOMSUBVENTIONEN

## Geld für AKW Hinkley Point

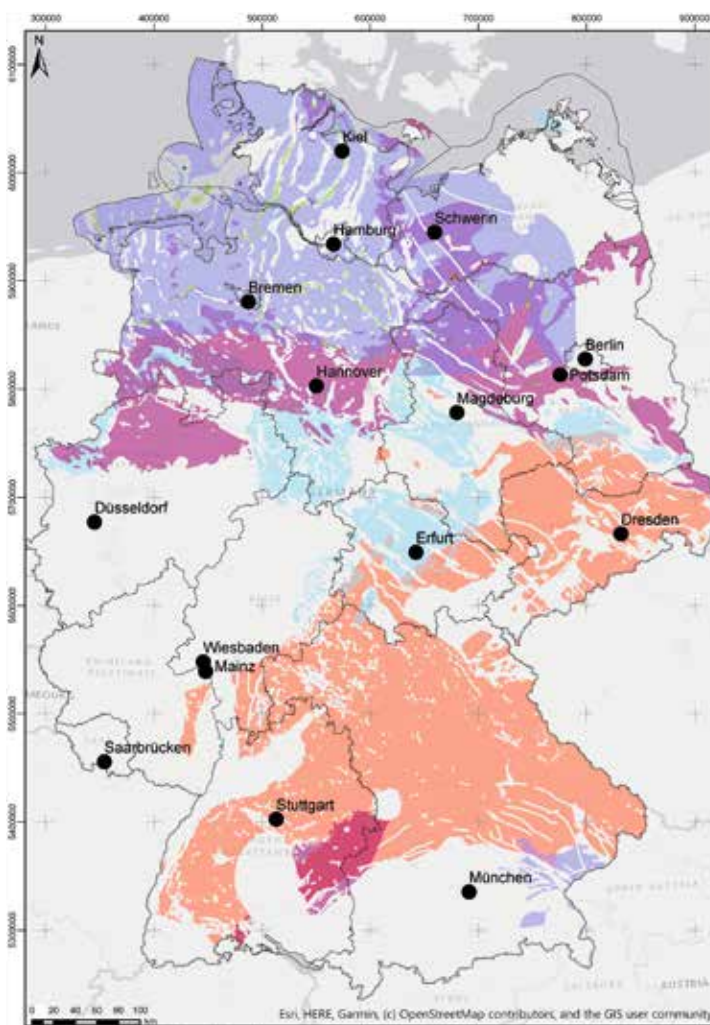
Noch kurz vor dem Brexit zum Ende des Jahres 2020 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 22. September 2020, dass der Bau zwei neuer Reaktoren für das Atomkraftwerk „Hinkley Point C“ mit Subventionen realisiert werden darf (Az. C-594/18P). Die große Kammer des EuGH bestätigt damit das Urteil des Europäischen Gerichtes aus erster Instanz vom 12. Juli 2018 (Az. T-356/15). Österreich klagte gegen die staatlichen Beihilfen für das Atomkraftwerk, da neue Atomkraftwerke anders als ein Ausbau der Erneuerbaren „nicht im gemeinsamen Interesse“

der Unionsstaaten stünden. Dieser Argumentation wollten die angerufenen Gerichte beider Instanzen nicht folgen. Jedes EU-Mitglied habe das Recht, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen, so die Richter.

Großbritannien hat den künftigen AKW-Betreibern eine staatliche Förderung von umgerechnet rund 11 Cent/kWh für jede erzeugte Kilowattstunde plus Inflationsausgleich über 35 Jahre zugesagt. Insgesamt soll das Atomkraftwerk über 60 Jahre hinweg Strom einspeisen dürfen. Schätzungen taxieren die Gesamtsumme der Beihilfen für die ersten 35 Jahre auf 70 bis 110 Mrd. Euro. Darüber hinaus wurde eine Entschädigung zugesagt, falls das Kraftwerk aus politischen Gründen vorzeitig abgeschaltet werden muss.

Die Bauarbeiten auf dem ähnlich einer Militärbasis mit mehrfachen Perimeterschutzanlagen gesicherten Areal sollen nicht mehr, wie ursprünglich geplant, im Jahr 2021, sondern nunmehr etwa in den Jahren 2025 bis 2027 fertiggestellt werden. Die Gesamtbaukosten für die zwei Reaktoren sind von einstmalig umgerechnet 13,6 Mrd. Euro auf inzwischen 25,2 Mrd. Euro gestiegen. Der chinesische Staatskonzern China General Nuclear Power Group hat sich in einer nachträglichen Finanzierungsrunde mit rund 6,6 Mrd. Euro an dem Projekt beteiligt und darf sich über die vom britischen Staat mit europäischem Segen garantierten Renditen freuen. (Ifs)

## Potenzielle Endlagerstandorte laut Zwischenbericht



Quelle: Bundesgesellschaft für Endlagerung



Gut gesicherte Baustelle des Atomkraftwerkes Hinkley Point C

## ERDÖLFÖRDERUNG

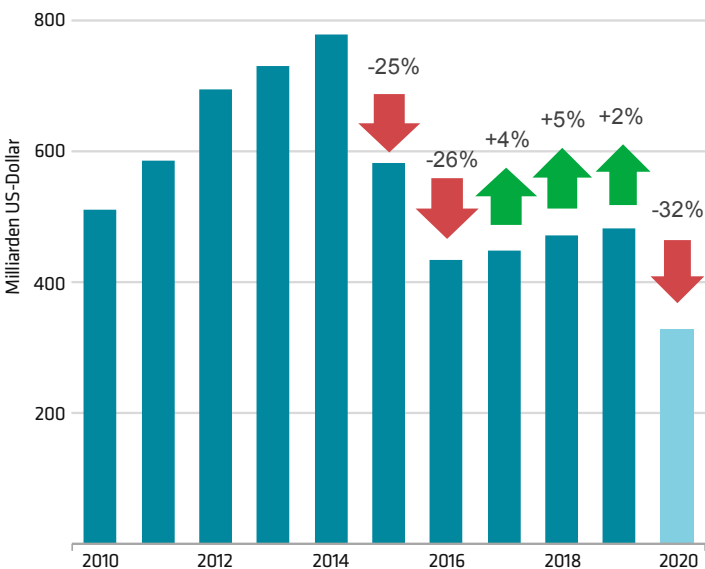
# Investitionen in Öl eingebrochen

Der weltweite Ölverbrauch hat im vergangenen Jahr 2019 wie in allen Jahren zuvor deutlich zugelegt. Doch im Jahr 2020 sieht es anders aus: Die Rohölpreise sind auf Tal-fahrt, weil das weltweite Angebot die stark eingebrochene Nachfrage bei weitem übersteigt. Im März 2020 gab es sogar kurzzeitig negative Ölpreise auf dem Rohölmarkt, weil die Lager keine Kapazitäten mehr hatten. Die Prognosen für die Ölnachfrage werden noch immer ständig nach unten korrigiert.

Die für 2020 geplanten Investition- en der Öl- und Gasindustrie gehen gegenüber 2019 um ein Drittel zu- rück. In diesen Zahlen spiegelt sich einerseits die durch die Corona-Kri- se verursachte Wirtschaftssituation wider, andererseits zeigt sich hier auch eine Zeitenwende in der Fossil- industrie. Der Ölmulti BP will bis 2030 seine Ölförderung um 40 Pro- zent verringern und seine Investi- tionen in emissionsfreie Energien verzehnfachen. (ap)

► [bdev.de/ubsstrategie](https://bdev.de/ubsstrategie)

## Weltweite Investitionen in die Öl- und Gasförderung



Quelle: IEA World Energy Investment Analysis 2020

## KOHLEAUSSTIEG

# Steag verklagt Deutschland

Wer der Annahme erlegen ist, dass der Ausstieg Deutschlands aus der Kohlestromproduktion bereits be- schlossene Sache sei, könnte sich getäuscht haben. Der Essener Stromerzeuger Steag (ehemals Steinkohlen-Elektrizität AG), wel- cher zur Verstromung Steinkohle nutzt, sieht im Kohleausstieg in seiner beschlossenen Form eine massive Benachteiligung der Stein- kohleverstromung gegenüber der Braunkohleverstromung. Nach An- sicht der Steag würden die Betrei- ber von Braunkohlekraftwerken für deren Stilllegung zum Nachteil der Steinkohlekraftwerksbetreiber überproportional entschädigt.

Am 30. Juli 2020 hat die Steag beim Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag gegen das Kohle- verstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) eingelegt. Pikant dabei: Das Kohleunternehmen Steag gehört mehrheitlich der „Kommunale Be- teiligungsgesellschaft GmbH“, die

wiederum ein Zusammenschluss kommunaler Versorger ist. Im Er- gebnis gehen somit von der Kohle finanziell profitierende Kommu- nen gegen ein Bundesgesetz zum Klimaschutz vor.

Die Steag sieht im KVBG einen Eingriff in ihr nach Artikel 14 Grundgesetz geschütztes Eigen- tum. Der Gang direkt nach Karls- ruhe war erforderlich, da das KVBG einen Rechtsschutz bei den Zivil- und Verwaltungsgerichten für die vom Kohleausstieg betroffenen Unternehmen praktisch nicht vor- sieht. Auch andere Inhaber von Steinkohlekraftwerken beobachten die Verfassungsbeschwerde auf- merksam, da auch sie für sich eine fehlende Planungs- und Rechtssi- cherheit durch das KVBG sehen. Wann die Verfassungsrichter in Karlsruhe entscheiden werden, ist noch völlig offen. (lh)



## Heizölpreis niedrig – Jetzt volltanken

Die Heizölpreise in Deutschland sind mit durchschnittlich rund 38 Cent je Liter auf einem historischen Tiefststand. Seit unserem letz- ten Bericht über die in diesem Jahr bereits drastisch gefallen Heiz- ölpreise (Energiedepesche 2/2020, Seite 4) sind die Preise nochmals um rund 7 Prozent gesunken. Es lohnt sich, jetzt schleunigst den Heizöltank für den Winter aufzufüllen, bevor die Nachfrage und da- mit die Preise auf den Weltmärkten wieder anziehen. (lfs)



## ELEKTROMOBILITÄT

### Anspruch auf E-Auto-Ladestation

Elektroautos liegen stark im Trend. Nach Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes für den Monat August hat sich der Absatz von Elektrofahrzeugen im Vergleich zum Vorjahr trotz Corona- und Wirtschaftskrise mehr als verdoppelt. Bei Plug-In-Hybriden ist sogar eine Vervielfachung zu verzeichnen. Der Absatz von Benzin- und Dieselfahrzeugen brach hingegen drastisch ein.

Die bereits deutlich steigenden Absatzzahlen für E-Fahrzeuge dürften jetzt nochmals ordentlich an Fahrt aufnehmen. Der Bundestag hat am 17. September 2020 einen Rechtsanspruch von Mietern und Wohnungseigentümern zur Installation einer E-Auto-Lademöglichkeit an ihrem Stellplatz beschlossen. Bisher scheiterte der Wunsch nach einem E-Auto für viele Mieter

und Wohnungseigentümer an einer Versagung der nötigen Erlaubnis durch Vermieter beziehungsweise Wohnungseigentümerversammlungen.

Nach dem neuen Recht auf eine E-Auto-Lademöglichkeit haben Mieter über § 554 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) einen Anspruch darauf, dass ihr Vermieter die Installation einer E-Auto-Lademöglichkeit auf Kosten des Mieters gestattet. Eine zum Nachteil von Mietern von diesem Anspruch abweichende Vereinbarung in Mietverträgen ist unwirksam. Wohnungseigentümer erhalten über § 20 des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) einen Anspruch darauf, dass die Eigentümergemeinschaft eine Erlaubnis erteilt. (Ifs)

► [bdev.de/womeg](https://bdev.de/womeg)



## ENERGIEEFFIZIENZ

### Haushalte immer sparsamer

Im Juli 2020 hat das Umweltbundesamt eine Analyse der Entwicklung des Energieverbrauchs privater Haushalte veröffentlicht. Die Zahlen zeigen, dass die Haushalte insbesondere in den Bereichen Wärme, Beleuchtung sowie Informationselektronik Strom einsparen konnten. Einen dramatischen Anstieg des Stromverbrauchs war lediglich für die Anwendungsgebiete Klimaanlage, Kühl- und

Gefriergeräte sowie „sonstige Kältegeräte“ zu verzeichnen. Die Gesamtbilanz ist positiv: Gemessen an der Wohnfläche verbrauchten private Haushalte im Jahr 2018 rund 15 Prozent weniger Strom als im Jahr 2008. Bei einer Betrachtung des Energieverbrauchs zur Wohnraumbeheizung beträgt die Einsparung knapp über 10 Prozent. (Ifs)

► [bdev.de/ubahaushaltsverbrauch](https://bdev.de/ubahaushaltsverbrauch)

## UMWELTBUNDESAMT

### Tempolimit gut fürs Klima

Das Umweltbundesamt hat kürzlich eine Studie veröffentlicht, die untersucht hat, wie sich ein generelles Autobahn-Tempolimit auf die Umwelt auswirken würde. Eine Begrenzung auf eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h würde eine Reduktion um jährlich 2,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent bewirken. Eine Temporeduzierung auf 120 km/h würde die Emissionen um 2,9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent mindern und ein Tempolimit von 100 km/h sogar eine Reduktion um 6,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent bewirken. Die mögliche Bilanzierung in Klimaberichten würde geringfügig geringer ausfallen, da nur im Inland abgesetzte Kraftstoffe bilanzierungsfähig sind. Die genannten Zahlen der tatsächli-

chen Einsparung schließen hingegen auch Kraftstoffe ein, die im Ausland getankt und in Deutschland verfahren werden. Die Studie stellt zudem fest, dass durch ein generelles Tempolimit neben der CO<sub>2</sub>-Einsparung gleichzeitig auch Lärm- und Luftschadstoffemissionen signifikant zurückgehen würden und die Verkehrssicherheit erhöht würde. (Ifs)

► [bdev.de/ubatempo](https://bdev.de/ubatempo)



## ELEKTROMOBILITÄT

### E-Bike-Boom hält an

Der seit Jahren zunehmende Pedelec-Boom hält an und wird durch die Corona-Pandemie noch weiter befeuert. Wie das Statistische Bundesamt im September 2020 mitteilte, besitzen inzwischen 11,4 Prozent der Haushalte in Deutschland ein oder mehrere Fahrräder mit einem Elektromotor zur Unterstützung der Muskelkraft. Die Zahlen belegen, dass insbesondere Senioren Pedelecs beziehungsweise E-Bikes nutzen, um auch im

Alter mobil zu bleiben. Haushalte im Altersbereich von 65 bis 69 Jahren besaßen mit 16 Prozent am häufigsten Elektrofahrräder. Direkt darauf folgen Haushalte im Altersbereich von 70 bis 79 Jahren mit 14 Prozent. Mit sinkendem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit ab, dass ein Elektrofahrrad genutzt wird. Im Altersbereich von 45 bis 55 Jahren ist beispielsweise nur in 9 Prozent der Haushalte mindestens ein Elektrofahrrad vorhanden.

Wie der Zweirad-Industrie-Verband mitteilt, stieg der Absatz von Elektrofahrrädern in den ersten Monaten dieses Jahres um 15 Prozent verglichen mit dem Vorjahreszeitraum. Einzelhändlern zu Folge hätten im Sommer noch deutlich mehr Pedelecs verkauft werden können, wenn nicht Lieferengpässe den möglichen Absatz begrenzt hätten. (Ifs)



## Wind- und Sonnenkraft kombiniert

Drei Fliegen mit einer Klappe schlagen, dabei zwei sich ergänzende erneuerbare Energieformen kombinieren und die Energiewende voranbringen: Das war der Plan des Windparkbetreibers Westfalenwind, der auf unerwarteten Widerstand stieß.

Windkraftanlagen benötigen eine befestigte Kranstellfläche für die Montage der Anlage und später gegebenenfalls nötige Reparaturarbeiten. In den Zeiten, in denen kein Wind weht, brauchen die Anlagen zudem Strom aus dem Netz. Also errichtete Westfalenwind kurzerhand eine PV-Anlage auf Montagegestellen und nutzte damit den brachliegenden Kranstellplatz neben einer ihrer Windkraftanlagen. Dank der Gestelle kann die Anlage schnell beiseite geräumt werden, um bei Bedarf wieder einem Kran Platz zu machen und mit dem Strom aus der „Kranstellflächen-PV-Anlage“ kann der Bereitschaftsstromverbrauch des ganzen Windparks gesenkt werden. Eine sinnvolle Nutzung versiegelter Brachflächen, die aufgrund der zusätzlichen erneuer-

baren Stromerzeugung im Sinne der Energiewende ist und noch dazu die laufenden Betriebskosten senkt. Eine Win-Win-Win-Situation, könnte man meinen.

Wenige Wochen nach der Inbetriebnahme erhielt Westfalenwind jedoch nicht etwa eine Auszeichnung für das geniale Konzept, sondern einen Bußgeldbescheid vom Landkreis Paderborn: „Die [Photovoltaikanlage] führe zu einer Verunstaltung des Landschaftsbildes“ und sei eine „ästhetische Belastung für den Betrachter“. Entgegen anderslautender Auskünfte sei zudem eine Baugenehmigung erforderlich, die aus den genannten Gründen nicht erteilt werde. Westfalenwind ließ es auf eine Klage vor dem Verwaltungsgericht ankommen. Eine Entscheidung brauchten die Richter allerdings nicht zu fällen: Die nordrhein-westfälische Landesregierung nahm den örtlichen Amtsschimmel an die harte Kandare. Das Verfahren wurde inzwischen zu Gunsten der Energiewendepioniere eingestellt.

(lfs)

## Energiewendechance vertan

Alle Jahre wieder reformiert der Gesetzgeber das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Für das Jahr 2021 hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier grundlegende Änderungen am EEG angekündigt, die einen „historischen Kompromiss zwischen Klima und Wirtschaft“ erreichen sollen. Der am 23. September 2020 vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf, der demnächst im Bundestag beraten wird, bleibt weit hinter den sehr hoch gesteckten Ankündigungen zurück.

Die Bundesregierung hat in ihrem Entwurf vorgesehen, dass bis 2030 die installierte PV-Leistung von derzeit 54 auf 100 GW erhöht werden soll. Es ginge jedoch auch mehr: Das hat eine aktuelle Studie von Energy Brainpool im Auftrag der EWS Schönau errechnet. Bis zum Jahr 2030 könnten statt nur 46 GW sogar bis zu 170 GW neu gebaut werden, 140 GW davon auf bestehenden Dächern, also ohne zusätzliche Flächen zu beanspruchen. Die Studie hat das technisch und praktisch machbare Potenzial abgeschätzt und sogar die Alters-

struktur der Hausbesitzer als Einschränkung einbezogen. Die dadurch mögliche zusätzliche Minderung von CO<sub>2</sub> wäre beträchtlich. Um dies zu erreichen, müsste, so die Studie, die Marktintegration verbessert werden, eine PV-Pflicht für Neubauten eingeführt sowie Quartierslösungen mit Photovoltaik erleichtert werden. Diese Punkte sieht auch eine EU-Richtlinie vor.

Der vorliegende Entwurf zum EEG 2021 setzt von diesen Vorschlägen und EU-Vorgaben jedoch nichts um. Im Gegenteil, die geplante Novelle des EEG legt in der jetzigen Entwurfsfassung Hausbesitzern zusätzliche Steine in den Weg, die den Ausbau in der Praxis deutlich bremsen dürften. Anlagen ab 100 kWp sollen zukünftig keinen festen Vergütungsanspruch mehr erhalten, sondern können nur nach Teilnahme an einer komplizierten Ausschreibung eine EEG-Vergütung erhalten. Aber auch Kleinanlagen werden weiter ausgebremst. Statt bisher ab 7 kWp Anlagengröße soll nun für alle Anlagen ein Smart-Meter zu Preisen ab 100 Euro pro Jahr verpflichtend werden. Neben dem Einspeisezähler wird aus steuerrechtlichen Gründen in der Regel auch ein Erzeugungszähler benötigt, sodass insgesamt mit Messkosten von 120 bis 200 Euro pro Jahr zu rechnen ist. Für Kleinanlagen auf Ein- und Zweifamilienhausdächern steigen damit die Betriebskosten erheblich. Darüber hinaus soll künftig die Einspeisevergütung zu Zeiten negativer Strombörsenpreise ersatz- und entschädigungslos entfallen.

Der tatsächliche PV-Zubau war nach der letzten größeren EEG-Novelle im Jahr 2017 auf 1,7 GW geschrumpft und hat sich bis zum Jahr 2019 nur langsam wieder auf 4 GW erholt.

(ap/lfs)

► [bdev.de/ewspvstudie](https://bdev.de/ewspvstudie)





## KEHR- UND ÜBERPRÜFUNGSORDNUNG

### Schornsteinfegerpreise steigen

Mit Wirkung zum 9. Juli 2020 wurde die für Schornsteinfegertätigkeiten maßgebliche Kehr- und Überprüfungsordnung geändert. Die wichtigste Änderung für Hausbesitzer ist eine drastische Preissteigerung: Der Gebührensatz eines sogenannten „Arbeitswertes“ wurde von 1,05 Euro auf 1,20 Euro und damit um rund 14 Prozent erhöht. Im Gegenzug besteht die Möglichkeit, dass die Kkehrhäufigkeit für Feuerstätten mit festen Brennstoffen wie Pellets oder Holzscheiten von bis zu vier Kehrungen pro Jahr auf nur noch eine Kehrung pro Jahr verringert werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass bei der betref-

fenden Feuerstätte „eine erkennbar rückstandsarme Verbrennung festgestellt worden ist“ und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt werden (§ 1 Nr. 5a KÜO). Ob die Anlage im Einzelfall eine „erkennbar rückstandsarme Verbrennung“ aufweist, dürfte künftig für Streit zwischen Schornsteinfegern und Hausbesitzern sorgen. (lfs)

► [gesetze-im-internet.de/k\\_o/](http://gesetze-im-internet.de/k_o/)



## PFLICHT FÜR ERNEUERBARE

### Bundesländer als Vorreiter

Nachdem sich das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) auf Bundesebene aufgrund zahlreicher Ausnahmeregelungen als zahnloser Tiger erwies und das neue Gebäudeenergiegesetz ebenfalls keine substanziellen Anforderungen an die Nutzung erneuerbarer Energien im Gebäudebereich durchsetzen wird, ist zu beobachten, dass die Energiewende wieder einmal von unten vorangetrieben wird.

Auf kommunaler Ebene haben sich in Vorreitergemeinden wie Amberg, Tübingen und Waiblingen Pflichten zur Errichtung von Solaranlagen bei Neubauten bereits bewährt. Als erstes Bundesland führte Baden-Württemberg im Jahr 2010 mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) im Fall von Heizungserneuerungen eine direkte Pflicht zur Nutzung regenerativer Wärme im Gebäudebereich ein. Hamburg zieht mit einem zum Jahr 2023 in Kraft tretenden Einbauverbot neuer Ölheizungen sowie einer Pflicht zur Errichtung von Photo-

voltaik- oder alternativ Solarthermieranlagen nach. In Baden-Württemberg wusste man den Hamburger Überholversuch zu kontern: Im „Ländle“ wurde eine Solaranlagenpflicht für Neubauten bereits ab dem Jahr 2022 beschlossen. Bremen hat ebenfalls eine Solarpflicht eingeführt – allerdings nur für städtische Gebäude. In Berlin wird derweil im Rahmen des „Masterplans Solarcity“ an der Idee einer Solarpflicht gearbeitet. Doch was in Berlin geplant wird, lockt sofort den bayerischen Ehrgeiz, es noch besser zu machen: Ministerpräsident Söder verkündete im Juni 2020, dass Bayern den Platz als „Top-Sonnenland“ beanspruche und bis zum Jahr 2022 nicht nur eine Solarpflicht auf den Weg bringen werde, sondern obendrein auch noch mit einem Förderprogramm den Solarausbau im Freistaat ankurbeln wird. Es bleibt abzuwarten, wann die Vielzahl der föderalen Vorstöße den Bundesgesetzgeber unter Zugzwang setzt. (lfs)

## VORKASSE-STROMZÄHLER

### Prepaidzähler reloaded

Als Lösung gegen eine Sperrung des Stromanschlusses wegen Zahlungsrückständen werden seit einigen Jahren durch viele regionale Energieversorger sogenannte Prepaid-Zähler angeboten. Damit der Strom fließt, müssen Verbraucher mit einem solchen Zähler zunächst Guthaben aufladen. Je nach Zählermodell und örtlichem Versorger kann eine Aufladung durch Überweisung oder Bareinzahlung im Kundenzentrum des Unternehmens erfolgen. Ist Guthaben vorhanden, schaltet der Prepaid-Zähler den Strom frei. Ist das Guthaben erschöpft, geht der Strom automatisch aus.

Die Energiedepesche berichtete in Ausgabe 4/2017 bereits ausführlich über die Vor- und Nachteile von Prepaid-Zählern (siehe Weblink). Die Stadtwerke Düren haben mit ihrem Tochterunternehmen Energierevolte inzwischen ein überregionales Prepaid-Angebot aufgebaut. Ob das Angebot verfügbar ist, hängt davon ab, ob Energierevolte mit dem örtlichen Netzbetreiber bereits einen Vertrag geschlossen hat. Dies ist inzwischen in den meisten Teilen Nordrhein-Westfalens sowie den drei Stadt-

staaten Berlin, Bremen und Hamburg der Fall. Am Sitz vom Bund der Energieverbraucher in Unkel ist das Angebot hingegen beispielsweise derzeit nicht verfügbar. Kunden, die in bisher nicht unterstützten Regionen wohnen, können sich benachrichtigen lassen, sobald das Angebot lokal verfügbar ist.

Das Prepaid-Angebot von Energierevolte kann insbesondere für energiearme Verbraucher von Interesse sein, deren lokaler Grundversorger selbst noch keine Prepaid-Zähler anbietet. Der Versorger wirbt ausdrücklich auch um Kunden, deren Anschluss derzeit gesperrt ist. Bislang hat der Prepaid-Versorger nach eigenen Angaben mehr als 600 Kunden die Möglichkeit des Prepaid-Strombezuges ermöglicht. Zentraler Bestandteil des Angebotes ist eine App, die eine genaue Übersicht über den Stromverbrauch und das Restguthaben sowie eine Aufladung in Kleinstbeträgen ermöglicht. Ziel sei dabei, so der Versorger, dass die angebotenen Prepaid-Tarife preislich unter den örtlichen Grundversorgungstarifen rangieren. (lh)

► [bdev.de/prepaidzaehlerartikel](http://bdev.de/prepaidzaehlerartikel)





# Wechselkunden? Nein danke!

Der Bund der Energieverbraucher verfolgt seit Jahren Beschwerden von Verbrauchern, die beim Anbieterwechsel scheinbar grundlos abgelehnt werden. Bereits früh kam der Verdacht auf, dass Energieversorger schwarze Listen mit wechselfreudigen Kunden führen, um „Vielwechsler“ als Neukunden abzulehnen. Die Schufa plant daraus ein Geschäftsmodell zu machen.

Auch auf wiederholte Nachfragen unseres Vereins wurde das Bestehen von solchen Listen über wechselfreudige Verbraucher von allen befragten Energieversorgern und auch von deren Dachverband, dem Bund der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), über Jahre hinweg strikt verneint. Ab 2018 haben neben unserem Verein mehrere Tageszeitungen von auffälligen Vertragsabsagen durch Versorger gegenüber potenziellen Neukunden berichtet, die zuvor häufig wechselten.

## Vorgeschobene „Probleme“

Die Stiftung Warentest griff in ihrer Augustausgabe 2019 den Fall eines Verbrauchers auf, der über das Wechselportal Verivox bei dem Energiediscounter Immergrün einen günstigen Tarif abschließen wollte. Die Ablehnung von Immergrün kam vier Tage, nachdem Verivox den Wechsel eingeleitet hatte. Als der Verbraucher, der über einen tadellosen finanziellen Background verfügte, nachhakte, kam Erstaunliches zu Tage. Immergrün behauptete, dass Abstimmungsschwierigkeiten mit dem Netzbetreiber sowie mit dem bisherigen Versorger Grund der Ablehnung gewesen seien. Welche Unstimmigkeiten dies gewesen sind und warum diese nicht behoben werden konnten, begründete Immergrün nicht. Verivox wiederum teilte lapidar mit, dass Energieversorger Kundenaufträge nicht annehmen müssten. In Deutschland bestehe schließlich Vertragsfreiheit. Auch wir als Bund der Energieverbraucher mussten im Rahmen unseres eigenen Wechselservices ab Ende 2019 zunehmend mehr unerklärliche Vertragsablehnungen beobachten (siehe „Schwarze Liste der Versorger“ in ED 1/2020, S. 8).

► [bdev.de/bdeswliste](https://bdev.de/bdeswliste)

## Neue Erkenntnisse

Bisher wurde angenommen, die Ablehnung von Vertragsabschlüssen würde mit einer Liste von Verbrauchern in Zusammenhang stehen, die systematisch überhöhte Rechnungen kür-



zen. Rechercheergebnisse des NDR und der Süddeutschen Zeitung offenbaren jetzt eine ganz andere Dimension. Demnach sollen inzwischen Wirtschaftsauskunfteien wie die Schufa und Crif Bürgel planen, einen Informationspool über wechselfreudige Verbraucher als neues Geschäftsmodell aufzubauen. Energieversorger würden damit in die Lage versetzt, bereits vor Abschluss eines Belieferungsvertrages zu erfahren, ob ihr potenzieller Neukunde nach dem ersten Belieferungszeitraum tendenziell erneut wechseln wird.

## Kritische Informationen

Diese Information ist deshalb relevant, da viele Versorger im ersten Belieferungszeitraum Neukunden mit hohen Boni locken. Durch die teuer erkauften Neukunden werden aber im ersten Vertragszeitraum keine satten Gewinne erwirtschaftet. Das Geschäft mit dem Neukunden rentiert sich erst, wenn in einem Folgebelieferungszeitraum die Boni ausgelaufen sind und gegebenenfalls auch die Preise angezogen werden. Das Geschäft macht der Versorger also erst, wenn der Verbraucher über die Mindestvertragslaufzeit hinaus Kunde bleibt. Dies erklärt das geringe Interesse der Versorger an wechselfreudigen Kunden, die direkt nach dem ersten Belieferungszeitraum das nächste Schnäppchen bei der Konkurrenz anpeilen.

## Ablehnung inzwischen üblich

Der Wechseldienst „Wechselpilot“ schätzt, dass inzwischen jeder fünfte Verbraucher, der regelmäßig wechselt, aus diesem Grund durch Versorger abgelehnt wird. Die Strategie von Verbrauchern, die sich gegen überhöhte Energiepreise durch regelmäßige Wechsel zur Wehr setzen, wird also nun mit einer Gegenstrategie bekämpft. Dabei bleibt jedoch der Datenschutz auf der Strecke, da Verbraucher diese Art der Weitergabe ihrer Daten nicht wünschen und nicht dulden müssen. Wie die Süddeutsche Zeitung mitteilt, wollen sich Anfang November 2020 die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern mit den Planungen der Auskunftsteien zu den neuen Informationspools und ihrer rechtlichen Zulässigkeit beschäftigen. Der Bund der Energieverbraucher fordert insoweit, dass ein klares Verbot der Weitergabe von Wechselnden ausgesprochen wird, da diese eben genau nicht zur Frage der Kreditwürdigkeit gehören.

## Rat für Wechselkunden

Verbrauchern ist einstweilen zu raten, mit einer Kündigung des Belieferungsvertrages dem bisherigen Versorger eine Weitergabe der gespeicherten Daten im Zuge eines Widerspruchs ausdrücklich zu untersagen und auch zugleich die Sperrung sowie anschließende Löschung aller Daten nach Ende des Vertrages zu verlangen. Wird sodann aus nicht erklärlchen Gründen durch den designierten neuen Versorger der Vertragsabschluss verweigert, kann man sich an den örtlich zuständigen Datenschutzbeauftragten wenden und den Verdacht einer unerlaubten Weitergabe personenbezogener Daten vorbringen. Würden viele Verbraucher diesen Rat beherzigen, wäre das Geschäftsmodell von Schufa und Co. wohl bald ausgehebelt.

Leonora Holling

► [bdev.de/datenschutzliste](https://bdev.de/datenschutzliste)



## BUNDESNETZAGENTUR

### Netzentgelte als Blackbox

Die von den Verbrauchern zu zahlenden Netzentgelte für Strom und Gas werden von der Bundesnetzagentur festgelegt und überprüft. Zwar hat die Bundesregierung in § 31 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) vorgeschrieben, dass wichtige Daten dieser Genehmigung auch öffentlich gemacht werden müssen, aber mehrere Netzbetreiber haben gegen diese Veröffentlichung geklagt. Der Bundesgerichtshof hat daraufhin entschieden, dass es sich bei diesen Daten um schützenswerte Geschäftsgeheimnisse handelt (Az. EnVR 21/18). In der Folge hat die Bundesnetzagentur die Daten in einer Tabelle für alle Netzbetreiber geschwärzt veröffentlicht. Nun gab der Bundesgerichtshof in einer weiteren Entscheidung auch die Veröffentlichung des Regulierungskontos frei (Az. EnVR 12/18).

Es wäre wünschenswert, dass der Gesetzgeber auch die Veröffentlichung der übrigen Daten der Netzentgeltgenehmigungen verfügt. Denn auch Daten, an denen seitens der Netzbetreiber ein berechtigtes Geheimhaltungsinteresse besteht, dürfen veröffentlicht werden, wenn dies im Rahmen eines Bundesgesetzes vorgeschrieben ist. Eine lediglich von der Regierung erlassene Verordnung reicht dafür jedoch nicht aus. Für eine gesetzliche Regelung zur Veröffentlichungspflicht spricht sich auch die energierechtliche Literatur aus. So beispielsweise Prof. Dr. Ulrich Büdenbender in seinem in der Fachzeitschrift „Recht der Energiewirtschaft“, Ausgabe 6/2020, publizierten Aufsatz „Die Veröffentlichung unternehmerischer regulatorischer Daten durch die Bundesnetzagentur“.

(ap)

► [bdev.de/bnetzaentgelttransparenz](https://bdev.de/bnetzaentgelttransparenz)



## CORONA-KONJUNKTURPAKET

### EEG-Umlage gedeckelt

Im Zuge der umfangreichen Konjunkturpakete zur Abmilderung der Folgen durch die Coronavirus-Pandemie hat der Bundestag eine Deckelung der EEG-Umlage auf Stromlieferungen beschlossen.

Im laufenden Jahr 2020 zahlen Haushalte über ihren Strompreis eine EEG-Umlage in Höhe von 6,756 Cent je Kilowattstunde. Mittels dieser Umlage werden die Differenzen zwischen den Einspeisevergütungen für Erneuerbare und dem an den Börsen erzielten Marktpreisen für Strom finanziert. Die Last tragen insbesondere Haushaltskunden, da viele Stromgroßverbraucher von der Umlage teilweise befreit sind. Aufgrund der durch die Corona-Krise dramatisch

einbrechenden Preisentwicklung an der Strombörse in Leipzig wäre die EEG-Umlage für Haushaltskunden im kommenden Jahr 2021 Prognosen zu Folge auf bis zu 8,5 Cent/kWh angestiegen.

Über das Corona-Konjunkturpaket werden Bundesmittel bereitgestellt, die in den EEG-Umlagetopf eingezahlt werden, um eine Deckelung der EEG-Umlage auf 6,5 Cent/kWh im Jahr 2021 sowie 6 Cent im Jahr 2022 zu bewirken. Die Entlastung gegenüber der aktuellen EEG-Umlage summiert sich für einen Haushalt mit einem Verbrauch in Höhe von 3.500 kWh im Jahr 2021 auf etwa 10 Euro sowie rund 26 Euro im Jahr 2022.

(ifs)

## FERNWÄRME

### Netze nicht marktbeherrschend

Das OLG Rostock hat am 5. März 2020 geurteilt, dass Fernwärmeunternehmen keine marktbeherrschende Stellung innehaben, da der Kunde sich stets zwischen Fernwärme und anderen Heizsystemen entscheiden kann (Az. 16 U 1/18). Zudem gebe es, so das Gericht, bei Fernwärme einen echten Preiswettbewerb auf dem Wärmemarkt. Denn durch attraktive Preise zur Gewinnung von Neukunden würden auch Bestandskunden an diesen Preisgestaltungen teilhaben. Die Beratungspraxis vom Bund der Energieverbraucher zeigt entgegen der Annahme der Richter jedoch, dass in vielen Fällen Wärmenetzbetreiber mit jedem Kunden individuelle Tarife abschließen und Bestandskunden nur selten von Preissenkungen oder gar Neukundentarifen profitieren.

Auch der Bundesgerichtshof hatte sich jüngst mit Fernwärmepreisen im Hinblick auf einen sogenannten Ausbeutungsmissbrauch

zu beschäftigen (Az. KZR 110/18). Dazu verglich der Kartellsenat die Preise eines in Verdacht geratenen Fernwärmeversorgungsunternehmens mit den Preisen anderer Versorger. Dies beachtet jedoch nicht die vielfältigen Faktoren der Preisgestaltung. Hier geht es etwa um die Brennstoffe, Einbindung externer Wärmequellen und Verteilung der Wärme. Außerdem müssen sich die Fernwärmeversorger im Wettbewerb der Heizsysteme behaupten. Verbraucher sind daher gut beraten, sich vor Anschluss an ein Fernwärmenetz genau über die zu erwartenden Wärmekosten zu informieren und sich diese durch den Anbieter individuell bestätigen zu lassen.

(lh)

► [openjur.de/u/2178703.html](https://openjur.de/u/2178703.html)





## FERNWÄRMENETZNEUBAU

### Netzausbau wider Willen?

Verträge über die Nutzung von Grundstücken zum Zwecke der Verlegung von Fernwärmeleitungen unterliegen keinen spezialgesetzlichen Regelungen. Vielmehr muss zwischen dem ausbauenden Fernwärmeunternehmen und dem Eigentümer, über dessen Grundstück die Leitung gelegt werden soll, ein individueller Vertrag geschlossen werden. Vielerorts lässt sich jedoch beobachten, dass neue Wohnbauprojekte zunehmend durch einen zwingenden Anschluss an eine Fernwärmeversorgung gekennzeichnet sind und entsprechende Gestattungen eine Bedingung zum Erwerb des Eigenheims gehören.

Neue Wärmenetze werden hingegen zumeist über öffentlichen Grund verlegt, sodass die Möglichkeit zum Wärmenetzausbau mit der Zustimmung oder Ablehnung der örtlichen Kommune steht oder fällt. Bisher wurde angenommen, dass Kommunen als Grundstückseigentümer über eine marktbeherrschende Stellung aufgrund ihres gesetzlichen Wegemonopols verfügen. Daher wurde bisweilen die Auffassung vertreten, dass Fernwärmeunternehmen gegenüber Kommunen einen kartellrechtlichen Anspruch auf Abschluss eines

solchen Gestattungsvertrages aus § 19 und § 33 GWB besitzen.

Dies hat das Oberlandesgericht Stuttgart (OLG) mit Urteil vom 26. März 2020 (Az. 2 U 82/19) relativiert. Das OLG kommt zu dem Schluss, dass die Kommunen nicht verpflichtet sind, Wegenutzungsrechte für Fernwärme anzubieten. Dies folge daraus, dass § 46 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) für Fernwärme nicht gelte. Nicht diskutiert hat das OLG, ob das Wegemonopol der Kommunen eine kartellrechtliche Verpflichtung nach sich zieht, eine Gestattungsmöglichkeit ausschreiben zu müssen. Dies dürfte jedoch in der Praxis scheitern, da wohl kaum mehrere Fernwärmeunternehmen an einem Standort in Wettbewerb treten wollen. Auch im Hinblick auf Artikel 14 Abs. 4 der EU-Energieeffizienz-Richtlinie, dass die Mitgliedsstaaten angemessene Maßnahmen zu ergreifen haben, um eine Infrastruktur für effiziente Fernwärme und Fernkälteversorgung aufzubauen, erscheint diese Auffassung des OLG kontraproduktiv. (lh)

► [bdev.de/2U8219](https://bdev.de/2U8219)

## WÄRMENETZE

### Kommunaler Rückkauf und Rabatte

Städte und Gemeinden, die ihren Grund und Boden für den Ausbau von Fernwärmenetzen zur Verfügung stellen, erhoffen sich nicht selten im Gegenzug eine günstige Wärmeversorgung für kommunale Liegenschaften wie Bibliotheken, Schulen oder Bäder. Ob ein Rabatt auf Fernwärmeleistungen für den Eigenverbrauch der Kommune zulässig ist und in der vertraglichen Vereinbarung zwischen Kommune und Fernwärmeunternehmen verankert werden kann, ist jedoch fraglich. § 3 Abs. 1 Nr. 1 der Kommunalabgabenverordnung (KAV), der eine solche Möglichkeit vorsieht, bezieht sich nämlich nur auf Strom und Gas. Ein entsprechendes Begehren der Kommune könnte sogar ganz im Gegenteil nach § 19 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) kartellrechtswidrig sein, da zwei getrennte Verträge über getrennte Leistungen miteinander verknüpft werden. Kommunen, die solche verknüpften Forderungen aufstellten, wurden bereits Regelungen für einen später erforderlichen Rückbau des Netzes durch die Aufsichtsbehörden wieder gestrichen.

Diskutiert wurde in letzter Zeit auch die Frage, ob ein Fernwärmeunternehmen von der Kommune rückgekauft werden kann. Dies kommt etwa dann in Betracht, wenn ein Fernwärmeunternehmen aus wirtschaftlichen Gründen den Betrieb einstellen will. Hier kommt es darauf an, inwieweit eine sogenannte Endschaftsklausel vereinbart worden ist. Diese sieht für gewöhnlich vor, dass nach Ablauf des Gestattungszeitraums das Fernwärmeunternehmen berechtigt ist, von der Kommune die entgeltliche Übernahme des Fernwärmenetzes zu verlangen. Selbstverständlich kann das Fernwärmeversorgungsunternehmen alternativ einen Rückbau des Fernwärmenetzes betreiben. Ob eine verpflichtende Rückkaufklausel zulässig sein kann, wird kontrovers diskutiert. Insbesondere wird argumentiert, dass ein Unternehmen im Regelfall kein Interesse hat, seine Vermögensgegenstände, wie sein Netz, zu veräußern. Eine solche Klausel könnte daher sittenwidrig und auf Grundlage von § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) nichtig sein. (lh)



## MIETRECHT

### Energetische Modernisierung

Inwieweit energetische Modernisierungsmaßnahmen von Mietern zu dulden sind und ob eine auf die Modernisierung folgende Mieterhöhung zulässig ist, ist ein steter Streitpunkt zwischen Mietern und Vermietern. Das Landgericht Hamburg hatte in einem Urteil vom 17. Januar 2020 zuletzt noch angenommen, dass die Modernisierungsmaßnahmen durch den Vermieter genauestens beschrieben werden müssten (Az. 307 S 50/18). Fehle es hieran, sei weder die Modernisierung zu dulden noch eine Mieterhöhung zulässig.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sich mit Urteil vom 20. Mai 2020 hingegen jüngst anders positioniert als die Richter in Hamburg und bejahte einen Duldungsanspruch gegen den Mieter aus § 555d Absatz 1 BGB selbst bei unklarer Beschreibung der energetischen Modernisierung (Az. VIII ZR 55/19). Die Beschreibung der Modernisierungsmaßnahme muss dem BGH zu Folge lediglich für eine sachgerechte Beurteilung durch den Mieter ausreichen. Es sei dem Mieter sogar zuzumuten, in Zweifelsfällen eigene sachverständige Hilfe heranzuziehen. Einer konkreten Beschreibung der energetischen Einsparmaßnahme im Hinblick auf eine konkrete Wohnung bedürfe es ebenfalls nicht, sondern es genüge, wenn diese für das Gesamtobjekt beschrieben ist. Dem Urteil ist aus Verbraucherschutzsicht zwar dahingehend zuzustimmen, dass die energetische Verbesserung von Wohnraum unbedingt förderungswürdig ist, zweifelhaft zu bewerten ist jedoch, dass die Richter den Vermietern keine echte eigene Verpflichtung zum Nachweis der energetischen Verbesserung auferlegen wollten. Immerhin ist es der Vermieter, der durch die in Folge der Sanierung mög-



liche Anhebung der Miete einen finanziellen Vorteil erhält.

In einem anderen Verfahren zur Frage der Anrechnung ersparter Erhaltungskosten hat der BGH hingegen zu Gunsten der klagenden Mieter entschieden (Az. VIII ZR 81/19). Vermieter müssen sich die durch eine Modernisierung ersparten Erhaltungsmaßnahmen anrechnen lassen, so die Karlsruher Richter. Werden beispielsweise alte, aber noch funktionale Türen und Fenster im Zuge einer energetischen Modernisierung gegen besser gedämmte Bauteile ersetzt, müsse der Vermieter sich auch den erst in Jahren fälligen Austausch anteilig anrechnen lassen und die energetische Modernisierungsumlage entsprechend kürzen. Der BGH hat mit dieser Entscheidung einen Abzugsposten neu definiert, der praktisch immer zur Anwendung kommen muss. In welcher Höhe der Abzug vorzunehmen ist, wird jedoch im Einzelfall zu schätzen sein und dürfte Anlass für zahlreiche neue mietrechtliche Streitigkeiten bieten. (lh/lfs)

- [bdev.de/VIIIZR5519](https://bdev.de/VIIIZR5519)
- [bdev.de/VIIIZR8119](https://bdev.de/VIIIZR8119)

## MUSTERFESTSTELLUNGSKLAGE

### BEV-Insolvenzupdate

Auf eine Musterfeststellungsklage des Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) hin, hat das Oberlandesgericht München einigen Kunden des insolventen Stromanbieters „Bayerische Energieversorgungsgesellschaft“ (BEV) 25 Prozent des zugesagten Bonus zugesprochen (Az. MK 2/19). Die Auszahlung des Bonus wurde bisher durch den Insolvenzverwalter verweigert, da die Verträge vor Jahresablauf durch die Insolvenz geendet hatten.

Zur Begründung führte das Gericht aus, dass den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der BEV

nicht zu entnehmen sei, dass nur derjenige den Bonus erhält, der über einen bestimmten Zeitraum von der BEV mit Strom oder Gas versorgt wurde. Der Betrag kann daher durch die betroffenen Energieverbraucher von einer etwaigen Nachforderung des Insolvenzverwalters abgezogen oder zur Insolvenztabelle als Guthaben angemeldet werden. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Revision ist bereits beim BGH unter dem Aktenzeichen VIII ZR 237/20 anhängig. (lh)

► [bdev.de/bevinsoboni](https://bdev.de/bevinsoboni)

## MIETRECHT

### Kleinreparaturklausel

Die Frage, welche Kleinreparaturen Mieter im Fall einer wirksamen vertraglichen Regelung selbst zu tragen haben und welche Reparaturen der Vermieter leisten muss, ist ein mietrechtlicher Dauerbrenner. Das Amtsgericht Berlin-Mitte gab kürzlich einer Mieterin recht, die argumentierte, dass nur die Reparaturkosten für solche Teile durch den Mieter zu tragen sind, die einem häufigen Zugriff durch den Mieter ausgesetzt sind und dieser insoweit die Abnutzung beeinflussen kann. Dieser Auffassung folgte das Gericht in seiner Entscheidung (Az. 15

C 256/19). Eine Toilettenrohrdichtung, sowie eine Abwasserhebpumpe fallen, so das Gericht, nicht unter die Kleinreparaturklausel. Wohl aber die Kosten einer Steckdosenerneuerung, da die Steckdose der direkten Nutzung durch den Mieter unterliege. Außerdem müsse die Klausel den üblichen Höchstbetrag pro Reparatur sowie eine Höchstgrenze aller Kleinreparaturen innerhalb eines bestimmten Zeitraums vorsehen. Die Grenze des Zulässigen dürfe bei etwa 150 Euro pro Fall liegen. (lh/lfs)



## Dauerbrenner Rohrwärmeverluste

Viele Bewohner mehrstöckiger Häuser kennen das bekannte Rohrwärmeverlustphänomen: Sobald die obersten Wohnungen beginnen zu heizen, können sich die darunterliegenden Wohnungen teilweise mit der ungemessenen Rohrwärme aus den durch ihre Räume verlaufenden Steigleitungen begnügen. Im Ergebnis zahlen daher die oberen Stockwerke und insbesondere die Bewohner des obersten Stockwerkes, die weniger bis gar nicht von den ungemessenen Rohrwärmeverlusten profitieren, über-

proportional mehr Heizkosten. Nach der bisherigen Rechtslage, welche jetzt durch den Bundesgerichtshof erneut bestätigt wurde, ist diese Ungerechtigkeit hinzunehmen (Az. V ZR 9/19). Im konkreten Fall waren die Rohrwärmeverluste sogar so hoch, dass nur 20 Prozent der Heizenergie überhaupt von den Heizkostenverteilern gemessen wurde. 80 Prozent der von der Heizung erzeugten Wärme wurden als ungemessene Verluste im Haus verteilt. (lh)



## BUNDESGERICHTSHOF

### Überhöhte Inkassokosten

Mit erfreulicher Klarheit hat der Bundesgerichtshof (BGH) mit Urteil vom 10. Juni 2020 in einem Verfahren von Gaskunden gegen die Stadtwerke München festgestellt, dass Energieversorger keine überhöhten Inkassokosten von säumigen Kunden verlangen dürfen (AZ. VIII ZR 289/19). Im konkreten Fall hatte der Versorger entsprechend seiner Preisliste pauschal 34,15 Euro für einen Zahlungseinzug mittels einer Inkassofirma verlangt. In diesen Kosten waren auch allgemeine Betriebskosten des Dienstleisters enthalten, wie beispielsweise das Vorhalten eines IT-Systems. Nach Auffassung des höchsten deut-

schen Zivilgerichtes gehören solche Kosten aber nicht zu den Kosten des Forderungseinzuges. Insoweit seien stets nur die tatsächlichen Rechtsverfolgungskosten umlegbar, nicht aber allgemeine Verwaltungskosten oder gar eine überhöhte Pauschale. (lh)

► [openjur.de/u/2247086.html](https://openjur.de/u/2247086.html)



## GRUNDVERSORGUNG

### Recht auf Preisanpassung

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteil vom 29. Januar 2020 seine bisherige Rechtsprechung zur Anwendung europäischen Rechts bei Preiserhöhungen im Rahmen der Gasgrundversorgung bestätigt. Hierbei hat der BGH ausdrücklich erneut klargestellt, dass sich der einzelne Tarifkunde nicht selbst direkt auf die Vorschriften der europäischen Richtlinien, wie etwa der Gasrichtlinie, berufen kann, da er nicht zum Adressatenkreis gehört (Az. VIII ZR 75/19). Die Richtlinien entfalten damit auch weiterhin keine unmittelbare Wirkung zwischen Versorger und Verbraucher. Im Übrigen wurde leider auch

die bisherige verbraucherfeindliche Rechtsprechung zur ergänzenden Vertragsauslegung durch das Gericht bestätigt. (lh)

► [openjur.de/u/2197320.html](https://openjur.de/u/2197320.html)

► [bdev.de/ergaenzendeauslegung](https://bdev.de/ergaenzendeauslegung)



## VERSORGUNGSUNTERBRECHUNG

### Kaum Aussicht auf Schadenersatz

Wem die Energieversorgung, insbesondere Energie zu Heizzwecken, durch den Versorger unterbrochen wird, der kann möglicherweise erhebliche materielle oder immaterielle Schäden erleiden. Die Gesundheit kann durch Kälte nachhaltig beeinträchtigt werden und infolgedessen können erhebliche Heilbehandlungskosten entstehen. Im Falle eines Frostschadens kann zudem mangels Wohnbarkeit der eigenen Räume eine kostspielige Übersiedlung in ein Hotel erforderlich werden.

Kosten, die insbesondere dann besonders ärgerlich sind, wenn sich später herausstellt, dass die Unterbrechung der Versorgung nicht gerechtfertigt und nicht rechtmäßig war. Nach dem Verschuldensprinzip läge es in solchen Fällen nahe, anzunehmen, dass der Versorger in einem solchen Fall haftet. Dieser allgemeinen Auffassung wollte sich das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Urteil vom 12. Februar 2020 nicht anschließen (Az. 27 U 8/19). Selbst im Falle einer rechts-

widrigen Versorgungsunterbrechung stünden dem betroffenen Verbraucher nicht automatisch Schadenersatz- oder Schmerzensgeldansprüche zu, so die Richter.

Im konkreten Fall ging es um die Erkrankung eines Mieters, die dieser auf eine unberechtigte Sperrung seines Gasanschlusses zurückführte. Der Verbraucher müsse lückenlos nachweisen, dass die Erkrankung tatsächlich ursächlich durch die Absperrung des Gases hervorgerufen sei, meinten die Richter. Könne sich der Mieter durch warme Kleidung oder ein elektrisches Heizgerät selbst schützen, sei dieser Nachweis bereits nicht erbracht. (lh)

► [openjur.de/u/2197662.html](https://openjur.de/u/2197662.html)



# Marionetten der Fossilwirtschaft

Von 13.950 nach wissenschaftlichen Standards erstellten Studien kommen 13.926 zu dem eindeutigen Ergebnis, dass der Klimawandel real ist und von uns Menschen verursacht wird.\* Trotz dieses überwältigenden wissenschaftlichen Konsenses sind Klimaskeptiker und Klimawandelleugner im Internet und unseren Medien allgegenwärtig. Wie kommt das?

Unsicherheit und Zweifel an der Existenz der globalen Erwärmung säen im Internet in erster Linie sich selbst als Experten ausgebende Laien, die eine Weltverschwörung wittern und Thesen von konservativen Think-Tanks sowie PR-Agenturen und Influencern aufgreifen. Eine Filterblase aus sich selbst gegenseitig bekräftigenden Verschwörungstheoretikern gibt den Verwirrten das trügerische Gefühl, selbst mit den abstrusesten Positionen im Recht zu sein. Dabei gehen sie selbst einer Verschwörung gegen die Wahrheit auf den Leim, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

## FUD-Spirale für Profit und Aufmerksamkeit

Die Strategie dahinter ist einfach, aber bestechend: Durch das Säen von Furcht, Ungewissheit und Zweifeln (englisch „Fear, Uncertainty and Doubt“, kurz „FUD“) auf breiter Front werden Menschen verunsichert und letztendlich selbst „skeptisch“, was wiederum die gläubigen Klimawandelleugner als Bestätigung empfinden und ihre Anstrengungen zur „Aufklärung“ der „Schlafschafe“ intensivieren. Dass sich die Wissenschaft unabhängig von der zunehmend desinformierten Bevölkerung weiterhin zu 99,8 Prozent einig ist, dass der Klimawandel real und menschengemacht ist, spielt in der Internet-Filterblase der Klimawandelleugner keine Rolle.\* Hier reichen die 0,2 Prozent der den Klimawandel verneinenden Wissenschaftler, die immer wieder unter Ausblendung jeglicher Statistik von Skeptikern sowie Leugnern zitiert werden und durch genau diese Aufmerksamkeit eine ihre Position verfestigende Bestätigung erfahren.

*„Es ist schwierig, jemandem etwas verständlich zu machen, wenn sein Einkommen davon abhängt, es nicht zu verstehen.“*

Upton Sinclair, 1935

## Trump dir die Welt, wie sie dir gefällt

Er ist dumm, laut, selbstgefällig und verlogen. Alle wissen es. Man sieht seine Berater innerlich zusammenbrechen, während er irgendeinen Unfug von sich gibt. Und jedes Mal geht ein neuer Aufreger um die Welt, nicht zuletzt, weil es vielen Menschen das gute Gefühl gibt, diesem Kleinkind, gefangen im orangefarbenen Körper eines alten Mannes, kognitiv überlegen zu sein. Doch was hat er mit der Energiewende in Deutschland zu tun?

## Pro Kohle, kontra Windenergie

„Es ist saubere Kohle und wir haben die modernsten Verfahren, aber es ist eine ungeheure Energie, im Sinne dass, [...] also militärisch. Ich denke,



Vögel, die Windkraftanlagen erschießen sollen und die Forcierung des Ausbaus sauberer Kohlekraftwerke. So lässt sich die Energiestrategie des US-Präsidenten zusammenfassen.

dass Kohle unzerstörbar ist. Sie können eine Pipeline in die Luft jagen, Sie können die Windräder in die Luft jagen. Wissen Sie, die Windräder [...]“ Er zieht eine Grimasse und kreist mit dem Finger in der Luft. „Bom – Bom – Bom.“ Dann zielt er mit einem imaginären Gewehr: „PENG! Das ist das Ende des Windrads! Wenn die Vögel es nicht vorher töten. Die Vögel können es zuerst töten“. Ohne Atempause werden in der nächsten Vollendung die Opfer- und Täter-Rollen ins Gegenteil verkehrt. Die Vögel, die gerade noch mit Leichtigkeit die Windräder gekillt haben, sind nun selbst Opfer – und zwar massenhaft: „Sie bringen so viele Vögel um. Wenn Sie unter diese Windräder schauen. Es ist wie ein Schlachtfeld. Diese Vögel.“ In der sich anschließenden Salve von unfertigen Halbsätzen und kruden Assoziationsketten arbeitet Trump die üblichen, x-fach widerlegten Mythen zur Windkraft ab, die man auch immer wieder von Windkraftgegnern in Deutschland hört. Nur eines muss man zumindest einigen der hiesigen Windkraftkritiker zugutehalten: sie äußern sich oft nicht in Ansätzen so stupide, wie es der US-Präsident tut. Für so jemanden schämen sich selbst die eigenen Parteigenossen. Mit so einem möchte man nicht zusammen gesehen werden.

\* Der Geologe Dr. James Powell wertete für diese Erhebung sämtliche über die Suchmaschine „Web of Science“ unter den Suchworten „global warming“ sowie „global climate change“ auffindbaren Publikationen aus dem Zeitraum von 1991 bis 2012 aus, die nach den wissenschaftlichen Standards eines „Peer-Reviews“ veröffentlicht wurden. In einer neueren Erhebung im Zeitraum von Januar bis Juli 2019 fand sich keine wissenschaftliche Publikation mehr, die den menschengemachten Klimawandel noch verneint.

► [bdev.de/powelchart](https://bdev.de/powelchart)  
 ► [bdev.de/powelarticle](https://bdev.de/powelarticle)





### Was hat Trump mit der Windkraft hierzulande zu tun?

Und doch, es gibt Zusammenhänge zwischen den von Trump wieder-  
gekäuten Phrasen und dem organisierten Energiewende-Widerstand  
in Deutschland. Die Strippen verlaufen von den US-amerikanischen  
Öl-, Gas-, Kohle- und Chemie-Milliardären über als „Institut“ oder  
„Think-Tank“ getarnte Lobbyorganisationen wie dem „The Heartland  
Institute“, das Spenden der Industrie einwirbt, um damit die Verbrei-  
tung von Zweifeln am Klimawandel zu finanzieren. Zu diesen US-Or-  
ganisationen zählt auch das „Committee for a Constructive Tomorrow“  
(CFACT), das unter anderem von Chrysler, ExxonMobil, Chevron und  
den rechts-libertären Koch Brothers finanziert wird. Über seinen Ab-  
leger in Jena, CFACT Europe e.V. und dessen Ausgründung EIKE e.V., die  
Speerspitze der deutschen Klimaschmutzlobby, verlaufen die transat-  
lantischen Verbindungslinien. Die Abkürzung EIKE steht für „Europäi-  
sches Institut für Klima und Energie“. „Institut“ ist dabei kein ge-  
schützter Begriff. Jede Pommesbude dürfte sich auch „Institut für  
thermisch behandelte Feldfrüchte“ nennen.

### Eng verwobene Strukturen

Recherchen des ARD-Magazins Monitor belegten vor zwei Jahren, dass  
es damals unter der Adresse Unstrutweg 2 in Jena kein Büro gab, son-  
dern nur ein Klingelschild mit der Aufschrift „EIKE e.V.“, direkt dar-  
unter an derselben Klingel ein Aufkleber vom „TvR Medienverlag“. EIKE-  
Präsident Dr. Holger J. Thuß verlegt über diesen TvR-Verlag den Ver-

schwörungstheorien nahe Klimaleugner-Bücher. Das dafür genutzte  
Jenaer Postfach 11 01 11 bietet offensichtlich ausreichend Platz für die  
Post an den TvR-Verlag, an CFACT-Europe und an das EIKE „Institut“. Der  
Historiker Thuß, der 2005 über „Freiheit und Ordnung“ promovierte,  
wird in den USA als Experte in Umweltfragen bei der prominentesten,  
industriefinanzierten Denkfabrik „The Heartland Institute“ gelistet, in  
einer Reihe mit dem Merchant of Doubt von zweifelhaftem Weltruhm,  
dem 2020 verstorbenen Fred Singer und dem Klimawandel-Skeptiker  
Paul K. Driessen. Im Gründungsjahr des TvR-Verlags 2006 erschien eben-  
da das von Thuß übersetzte Buch „Öko-Imperialismus: Grüne Kraft –  
schwarzer Tod“, das 2003 von Driessen verfasst wurde. Driessen gilt laut  
TvR-Verlag „weltweit als Experte für das Thema ‚Öko-Imperialismus‘ und  
ist Senior Politikberater von CFACT und CFACT Europe“.

Zu den fossilatomaren Schriften des TvR-Verlags zählt auch das Buch  
„Strom ist nicht gleich Strom“, in dem EIKE-Vizepräsident Michael  
Limburg niederschrieb „Warum die Energiewende nicht gelingen kann“.  
Der 80-jährige ist gleichzeitig als Vize im Bundesfachausschuss Energie  
der AfD Mitgestalter der Energie- und Klimapolitik der Partei. Den  
Rechtspopulisten gelingt immer wieder die Kunst, sich einerseits gegen  
die Klimawissenschaft zu positionieren, um so die fossilen Energien  
schönzureden und andererseits die Anhänger der Atomkraft lauthals  
zu unterstützen, die wiederum ihre Lieblingstechnik als besten Klima-  
schützer bewerben.



**Verwirrende Gemengelage:** Es ist für Unbedarfte kaum zu durchschauen, wie verstrickt das Netzwerk ist, deren Strippenzieher das positive Image der Energiewende in Deutschland zerstören möchten. Ein Blick in das Impressum von EIKE, CFACT Europe und des TvR-Medienverlags offenbarte bis vor Kurzem, dass alle drei Organisationen im selben Postfach residierten.

## Feindbild Windkraft

Der größte Feind der alten fossilatomaren Energiewirtschaft ist schnell ausgemacht: Es ist die Windkraft, die als Zugpferd der Erneuerbaren Energien nach Einführung des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) sehr schnell derart hohe Stromproduktionsraten lieferte, dass es die alten Energien empfindlich zu spüren bekamen. Im Jahr 2019 lieferte die Windkraft rund ein Viertel der Netto-Stromproduktion, im ersten Halbjahr 2020 waren es gut 30 Prozent. So ist es nur folgerichtig, dass sie zuvorderst bekämpft wird und die Klimaleugner von EIKE eine ganze Litanei an Schriften über die sogenannten „Fakten und Quellen zu Windkraft“ veröffentlichen.

## Das Astroturf-Netz

Von hier führen die Spuren zu den bundesweiten Anti-Wind-Organisationen „Windwahn“, „Gegenwind“, diversen sogenannten „Landschaftsschutz“-Vereinen und dem Lobby-Netzwerk „Vernunftkraft“, das unter anderem Anleitungen zu Leserbriefen und Buchempfehlungen gibt, beispielsweise zu in AfD-Kreisen gefeierter Lektüre aus dem TvR-Verlag. Unter dem Stichwort „Erste Hilfe“ bekommen Anti-Windkraft-Gruppen und Einzelpersonen Leitlinien zur Verhinderung von Windrädern an die Hand. „Vernunftkraft“ vermittelt Referenten und vernetzt über eine interaktive Karte mehrere hundert Anti-Windkraft-Gruppen in Deutschland, die vom Glaubwürdigkeits-Bonus von Bürgerinitiativen profitieren, aus der Zeit, als Bürgerinitiativen noch von unten, aus der Mitte der Bevölkerung entstanden sind.

## Kraft der Unvernunft

Vernunftkraft-Vertreter dürfen dem Bundeswirtschaftsminister in seinem privaten Garten beim Kaffeekränzchen die Nachteile der Windkraft erläutern. Der erste Vorsitzende von Vernunftkraft, Nikolai Ziegler, geht im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) ein und aus. Das

bringt sein Job als Referent im BMWi mit sich. Er hält nichts von der Energiewende. Als er vom ARD-Magazin Monitor zum Klimawandel befragt wurde, kam er ins Schlingern: „Das mit der überwältigenden Mehrheit [Anm. d. Red.: der Wissenschaftlerinnen, die den menschengemachten Klimawandel nicht anzweifeln] ist ja so eine Sache. Diese 97 Prozent, die da zitiert werden, da halte ich nichts davon. Erst mal wurden da im wesentlichen Leute befragt, die irgendwie schon in dieser Klimawissenschaft drin sind.“ Ziegler sieht keinen Interessenkonflikt, obwohl er in mehreren Anti-Energiewende-Vereinen aktiv ist, auch im Bundesverband Landschaftsschutz (BLS) und im verbandsklageberechtigten Verein für Landschaftspflege und Artenschutz (VLAB).

## Klangvoll-suggestive Vereinsnamen

Ein Punkt im äußersten Südwesten der Vernunftkraft-Karte verlinkt zur „Landschafts- und Naturschutz-Initiative Schwarzwald e.V.“ (LANA), vormals „Bürgerinitiative zum Schutz des Hochschwarzwaldes e.V.“. Auch das klingt nach Landschaftsschutz, ist aber – nicht nur gemäß Satzung – Windkraft-Verhinderung mit integriertem Kanal für steuerlich absetzbare Spenden. Auch der LANA e.V. ist verbandsklageberechtigt, er bekam dafür den Segen des baden-württembergischen Umweltministeriums, obwohl die „gemeinnützige“ Verhinderung von Windenergieanlagen der Zielsetzung des Koalitionsvertrags der schwarz-grünen Landesregierung diametral entgegensteht. Aus Vereinsdokumenten wird ersichtlich, dass man nach dem Schlüssel suche, wie Windräder zu verhindern sind. „Dann wären wir am Ziel und könnten die Auflösung des Vereins beschließen.“

Vom Schwarzwald-Hauptquartier werden 16 Untergruppen zentral koordiniert, im Prinzip so, wie es der Windkraftgegner und Tunnelbohr-Gigant Martin Herrenknecht gedanklich organisiert hat: „mit einer schlagkräftigen Bürgerbewegung über die Energiewende generell diskutieren und etwas gegen diesen Wahnsinn erreichen“. Sehr rational gedacht, so kann jede neue Bürgerinitiative die immer gleichen Referenten für ihre Zwecke aufs Podium stellen, dieselben Argumentationsleitfäden nutzen, denselben Landschaftsarchitekten für erschreckende Fotomontagen beauftragen, denselben Infraschall-Betroffenen als Überraschungsgast auf immer andere Bühnen bitten, denselben Zahnarzt als Infraschall-Experten vorschieben.



Die braunkohlefreundliche Gewerkschaft IG BCE will gemeinsam mit Energiekonzernen im „Innovationsforum Energiewende“ den „Fehlsteuerungen im energiewirtschaftlichen Bereich entgegenwirken [...] und für mehr Aufklärung sorgen“.





Die AfD-nahe Influencerin gehört zum Angebots-Portfolio der Heartlandlobby, wie Recherchen von „Correctiv“ ergeben: „Ein Thema pushen, das machen wir für viele Spender. Hier habe ich Naomi, die macht einen richtig guten Job.“



Ein Kessel Buntes zum Energiewende-Bashing aus den TvR Verlag: Ganz am Anfang stand die Übersetzung von „Eco-Imperialism – Green Power, Black Death“ von US-Klimaskeptiker und CFACT-Mitglied Paul K. Driessen.

Kapitale Unterstützung bekommen die Windkraft- und Energiewende-Gegner vom sogenannten Innovationsforum Energiewende e.V. (If.E). Ebenso wie die unter dem Dach des Vernunftkraft e.V. versammelten Ortsgruppen will auch das If.E „Fehlsteuerungen im energiewirtschaftlichen Bereich entgegenwirken und in einer breiten Öffentlichkeit für mehr Aufklärung sorgen“. In der Mitgliederliste finden sich lauter große Namen der fossilen Wirtschaft: Vertreter von IG BCE, RWE, LEAG, BP, Uniper, MIBRAG, E.on, und auch der Public-Affairs-Direktor der Hydro Aluminium Deutschland GmbH, der als Rechtsanwalt seit Jahren Windkraftgegner in ganz Deutschland unterstützt.

### Geisterfahrer

Es ist kaum zu vermuten, dass die braven Bürger in all den Ortsgruppen wissen, vor wessen Karren sie sich spannen lassen. Wenn der Puls erstmal steigt, bei der Vorstellung, ein Windrad sei gefährlicher als Autoabgase, Pestizide oder eine radioaktive Wolke, verliert man die großen Zusammenhänge schonmal aus dem Blick. Es springt einem ja auch nicht direkt ins Auge, dass es neben den einheimischen Partikularinteressen auch die milliarden schwere amerikanische Öl-, Gas-,

Kohle- und Atomindustrie gibt, die nach Fukushima mit schreckgeweiteten Augen auf ein florierendes Erneuerbare-Energie-Wirtschaftswunder mit beneidenswerter Akzeptanz in Energiewende-Deutschland starrte. Dabei ist mittlerweile für das Heartland Institute der Nachweis erbracht, dass man dort mit Geld-Angeboten aus der deutschen Fossil-Industrie ein routiniert geschnürtes PR-Strategie-Paket bekommen kann, inklusive Verschleierung der Geldströme und diskret untergebrachten Wunsch-Schlagworten. Inhalte gegen Geld. In einer Undercover-Recherche bekamen Journalisten vom Recherchenetzwerk Correctiv dieses zweifelhafte Angebot schriftlich. Jede der ideologischen, finanziellen und personellen Verbindungen zwischen Big-Oil, den milliarden schweren US-Klimaleugner-Organisationen über EIKE bis zur AfD im Bundestag ist belegt.

► [bdev.de/heartlandcorrectiv](https://bdev.de/heartlandcorrectiv)

► [bdev.de/frontalleugner](https://bdev.de/frontalleugner)

### Energiewende-Germany: Der perfekte Albtraum

Für die US-Lobby und ihre Merchants of Doubt muss es der perfekte Albtraum gewesen sein, was sich zu EEG-Boom-Zeiten in Germany tat: ein Industrieland verabschiedet sich von der Atomkraft, ohne dafür mehr Kohlestrom zu brauchen. Die Erneuerbaren entwickeln sich zu einem Jobmotor, die Preise für Solarmodule und Windkraftanlagen rauschen in den Keller. Über 100 Länder führten eine Einspeisevergütung nach deutschem EEG-Vorbild ein. Internationale Fernsehteams traten sich an den Vorzeigeorten der Energiewende gegenseitig auf die Füße. Delegationen aus aller Welt pilgerten nach Energy-Germany und klopfen den Energiewende-Aktiven auf die Schultern: „Hey you guys in Germany do a really great job!“ Das war für einige ein ganz neues Gefühl, mal kollektiv als „Ihr Deutschen“ Zuspruch aus der ganzen Welt zu erfahren.

Für Lobby-Strategen, die seit Jahren einen ganzen Kontinent auf Kurs halten, die den Menschen dort mit milliarden schweren Kampagnen einbläuen, dass die gesamte Elite der Klimawissenschaftler Unsinn verzapfe und es einen Klimawandel nicht gäbe, obgleich ihre eigenen Forscher diesen bereits seit den 1950er Jahren untersuchen und belegen, müssen sich die Entwicklungen in Germany wie ein hochinfektiöses Virus angefühlt haben, das es mit allen Mitteln zu unterdrücken gilt. Wenn Germany einknickt, ist die schlimmste Gefahr durch die Energiewende gebannt.



**Dr. Eva Stegen** ist seit 2004 Energiereferentin bei den Stromrebellern der Elektrizitätswerke Schönau und engagiert sich auch privat für einen Ausstieg aus Atom- und Kohlekraft sowie für einen ambitionierteren Ausbau der Erneuerbaren. In ihrem Blog und auf Twitter reicht ihr Themenspektrum vom Klimaschal-Stricken bis zu Atom-U-Boot-Antrieben.

► [bdev.de/stegenblog](https://bdev.de/stegenblog)

► [twitter.com/EvaStegen](https://twitter.com/EvaStegen)



# Berechtigte Zweifel an den Zweifeln

Was verleitet Menschen dazu, erwiesene Fakten und einen weltweiten wissenschaftlichen Konsens zur Klimakrise leichtfertig beiseite zu wischen? Warum sind Zweifel an der Klimakrise so bequem, so wirkungsvoll und so verheerend?

Ein Kommentar von Aribert Peters.

**D**ie Klimaleugner organisieren weltweit eine Beharrungsbewegung, die jeden Wandel ablehnt. Sie sind gut finanziert und organisiert durch die direkten Lobbyisten sowie als „Think-Tanks“ getarnte Lobbyorganisationen der Fossilenergien und ultrakonservativer Parteien.

Deren Einflussnahme auf Politik und Medien ist inzwischen gut dokumentiert, zum Beispiel im Artikel von Dr. Eva Stegen auf den Seiten 14 bis 17 in diesem Heft. Zur Vertiefung zu diesem Artikel möchte ich Ihnen das im Juni 2020 ganz frisch erschienene Buch „Die Klimaschmutzlobby – Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen“ der beiden freien Journalistinnen Susanne Götze und Annika Joeres empfehlen. Dieses Werk zeigt die Verbindungen von Industrie, Politik und Klimakrisenleugnern minutiös auf. Die Autorinnen haben bis tief in die Szene der Klimaleugner hinein recherchiert. Es zeigt sich, dass Klimakrisenleugner keine kleine versprengte Gruppe von irrelevanten Spinnern sind, sondern im Bundestag, im Europaparlament, in Lobbygruppen, in neoliberalen Think-Tanks und an Hochschulen sitzen. Selbst im Bundeswirtschaftsministerium ist eine der Abteilungsleitungen für Energiepolitik entsprechend besetzt und nutzt ihre Weisungsbefugnis, um die Arbeit der Energieabteilung entsprechend zu steuern.

► [bdev.de/klimaschmutzlobby](https://bdev.de/klimaschmutzlobby)

## Großer Einfluss der Leugner

Obwohl sich die Positionen der Klimaleugner gegen die Fakten nicht verteidigen lassen, haben sie enormen Einfluss auf Politik und Gesellschaft – sie verhindern so eine angemessene Reaktion auf die Klimakrise. Die Argumente sind grotesk falsch, unsinnig und wissenschaftlich unhaltbar. Sie werden aber geschickt vorgetragen, richtige Fakten

werden hingegen falsch gedeutet und verdreht, es wird weggelassen und gelogen. Dieser toxische Mix wird mit großem medialen und finanziellen Aufwand flächendeckend verbreitet, bis in die Schulen hinein. Sogar bis heute. Das kann man beispielsweise nachlesen in den Papieren: „Die CO<sub>2</sub>-Schwindelei“ von 2019, aber auch im „Klimamani-fest 2020 der Werte-Union“. Viele Leser der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) und der „Welt“ halten die Klimakrise selbst heute noch für eine Erfindung von Linken und Grünen.

► [bdev.de/co2schwindelei](https://bdev.de/co2schwindelei)

► [bdev.de/werteunionleugner](https://bdev.de/werteunionleugner)

## Bedrohung der Wahrheit

„Die Schwemme an bezahlter oder politisch motivierter Propaganda ist nicht nur eine Gefahr für die Demokratie und ein Rückfall hinter die Zeit der Aufklärung. Sie ist eine Gefahr für die Lebensgrundlagen der Menschheit“ schreibt der Potsdamer Klimaforscher Stefan Rahmstorf. Rahmstorf erhielt sogar persönliche Drohmails. Seiner Familie werde etwas passieren, wenn er den Mund nicht halte. Und er ist nicht der Einzige, der mit Hasskommentaren bedroht wird.

## Rhetorische Trickserien

Die Wissenschaftsleugner bedienen sich oft derselben rhetorischen Tricks, sei es beim Leugnen der Klimakrise, des Coronavirus, der Evolutionstheorie oder der Schädlichkeit des Rauchens. Meist handelt es sich um grobe Pauschalisierungen auf Stammtischniveau wie „die Wissenschaft ist korrupt“, oder um falsche Verallgemeinerungen wie „Helmut Schmidt hat geraucht und ist 97 geworden“, die als allgemeingültig dargestellt werden. Auch die Suche nach einer einfachen Erklärung für komplexe Zusammenhänge oder gar Zufälle lässt Verschwörungstheorien sprießen wie Unkraut. Bullshit-Gläubige und Bullshit-Quellen haben laut empirischen Untersuchungen charakterliche Gemeinsamkeiten: Grobe Selbstüberschätzung gepaart mit oberflächlichem Denken. Es lohnt sich, die Techniken der Wissenschaftsverleugnung zu kennen.

► [bdev.de/wissenschaftsleugnung](https://bdev.de/wissenschaftsleugnung)

## Ein Blick in die Natur

Eine kleine Anekdote: Als Gleitschirmflieger weiß ich, dass im Siebengebirge bei Bonn wie auch in anderen Wäldern Deutschlands die Wälder seit ein paar Monaten verheerend aussehen. Infolge jahrelangen Wassermangels konnten sich die Bäume nicht mehr gegen den Borkenkäfer wehren. Gigantische Waldflächen fielen der Trockenheit bereits zum Opfer. Traurige Ironie: Sogenannte Bürgerinitiativen, gut vernetzt mit den Klimaleugnern, hatten 2013 bis 2018 unter Berufung auf das durch Windkraftanlagen gefährdete Landschaftsbild den Bau von

## Der Klimawandel in 20 Worten:

1. Er ist real
2. Wir sind die Ursache
3. Er ist gefährlich
4. Die Fachleute sind sich einig
5. Wir können noch etwas tun

Quelle: Was wir heute übers Klima wissen – Basisfakten, die in der Wissenschaft unumstritten sind. Kostenfreies eBook herausgegeben vom Deutschen Klima-Konsortium, der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft, dem Deutschen Wetterdienst, dem Extremwetterkongress Hamburg, der Helmholtz-Klima-Initiative und [klimafakten.de](https://klimafakten.de)

► [bdev.de/fuenfklimafakten](https://bdev.de/fuenfklimafakten)





Aribert Peters

Windkraftanlagen in genau den Waldgebieten verhindert, die es jetzt auch infolge der Klimakrise nicht mehr gibt. Die Vögel, die man durch die Verhinderung von Windkraft schützen wollte, bedanken sich.

### Klimawandel oder Klimakrise?

Ist Ihnen aufgefallen, dass ich bisher das Wort „Klimawandel“ in diesem Text vermieden habe? Das Wort „Klimawandel“ ist angesichts der aktuellen Ereignisse eine Beschönigung aus der Klimaleugner-Ecke. Ein Wandel ist schön, eine Erwärmung ist es eigentlich auch. Eine zivilisationsgefährdende globale Erwärmung ist eine tödliche Gefahr und darf nicht kleingeredet werden. Das Foto oben zeigt keinen Wandel, sondern die Klimakrise – eine Katastrophe.

### Die Kunst des Zweifels

Zweifel an der Klimawissenschaft sind eine beliebte Rechtfertigung fürs Nichtstun. Zweifel gelten aber auch als Grundelement des Erkenntnisfortschritts und der Wissenschaft. Wissenschaft beruht auch auf Zweifeln. Aber nicht jeder Zweifel ist wissenschaftlich und sinnvoll. Ein sinnvoller Zweifel muss begründet sein. Und er muss nachvollziehbar und überprüfbar sein. Wissenschaftlicher Zweifel setzt voraus, dass

man mit der kritisierten Wissenschaft vertraut ist. Ein Bauchgefühl, eine Intuition oder eigene Unwissenheit als Zweifel anzuführen, ist hingegen weder logisch noch wissenschaftlich. Dennoch hat jeder das Recht auf Zweifel. Aber nicht jeder Zweifel verdient es auch gehört, ernst genommen und diskutiert zu werden. Es gibt also Zweifel erster und zweiter Klasse. Man sollte Zweifel am Zweifel hegen, der eigentlich gar kein echter Zweifel ist. Leider wird allzu oft ein unverdächtig wirkender Zweifel missbraucht, um wirtschaftlich motivierte Widerstände gegen Veränderungen durchzusetzen.

► [bdev.de/zweifelkrise](https://bdev.de/zweifelkrise)

### Fazit

Die Anfälligkeit der Gesellschaft für die Thesen der Klimaleugner lässt sich gut durch eine Reihe sich verstärkender Faktoren erklären: Die Interessen der Fossilindustrie, die Käuflichkeit von Politik, den Widerstand der Etablierten gegen Veränderungen und die Neigung von Menschen, lieber alles beim Alten zu lassen und nichts zu tun. Dr. Aribert Peters



### Die Klimaschmutzlobby: Wie Politiker und Wirtschaftlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen

Susanne Götze und Annika Joeres | 2. Juni 2020  
304 Seiten | 2. Auflage | Piper Verlag  
ISBN: 978-3492070270 | 20,00 Euro



### Heißzeit: Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – und wie wir auf die Bremse treten

Prof. Dr. Mojib Latif | 29. Juni 2020 | 224 Seiten  
Verlag Herder | ISBN: 978-3451386848 | 20,00 Euro



### Zieht euch warm an, es wird heiß!: Wie wir noch verhindern können, dass unser Wetter immer extremer wird

Sven Plöger | 2. Juni 2020 | 240 Seiten | Westend  
ISBN: 978-3864892868 | 19,95 Euro



Auf diesen Seiten haben Sie als Leser das Wort: Ratschläge, Anregungen, Meinungen, aber auch Polemik sind gefragt. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

E-Mail: [redaktion@energiedepesche.de](mailto:redaktion@energiedepesche.de)

WhatsApp: 02224.123123-0

## ZU ED 1/2020: ERDGASAUTO – GAS GEBEN MIT GUTEM GEWISSEN

### *Wer darf ein „gutes Gewissen“ haben?*

Den Artikel über Erdgasautos an sich finde ich grundsätzlich gut. Aber was ist bitte bei der Überschrift passiert? Selbst das sparsamste fossil angetriebene Fahrzeug schädigt die Umwelt. Da ist ein „gutes Gewissen“ völlig daneben. Selbst ein „regenerativ“ mit Ökostrom angetriebenes Fahrzeug wird hergestellt, entsorgt, hat Verschleißteile, verbraucht Fläche und viele andere Ressourcen. **Gunter Weingärtner, Stuttgart**

### *Gastanks irreparabel?*

Meine Frau fuhr bis vor drei Jahren einen Opel Zafira CNG. Nun hat sie einen Dacia mit LPG. Warum? Der Grund lag in der Überprüfung der Gasanlage. Minimale Korrosion an den Gasbehältern wurde beanstandet. Neue Gasbehälter hätten über 4.000 Euro gekostet. Dies war im Hinblick auf den Restwert des Fahrzeugs nicht mehr rentabel. Der Wagen ging darum ruckzuck nach Moldawien, wo er wohl heute noch mit neu lackierten Gasflaschen fährt! Ich würde mich freuen, wenn die Energiedepesche dies einmal nachrecherchiert – vielleicht liege ich ja auch falsch. Der Kauf des CNG-Zafira wurde uns durch die hohen Preise der Gasbehälter doch gehörig vergällt. **Dirk Johanns, Gummersbach**

#### **Antwort der Redaktion**

Nach unserem Wissensstand gibt es einige Autogasbetriebe, die CNG-Tanks sandstrahlen und neu lackieren. Ob das zulässig ist, ist nach unserer Kenntnis unter Prüfern umstritten. Viele Fahrzeugbesitzer konnten damit einen teuren Austausch vermeiden und zahlten für die professionelle Aufarbeitung rund 800 bis 1.000 Euro. Moderne CNG-Fahrzeuge werden ab Werk inzwischen größtenteils mit nicht rostenden Tanks aus Kunststoff-Karbon-Kompositionsmaterialien ausgestattet. **(fs)**

## ZU ED 3/2019: CO<sub>2</sub>-PREISE FÜR KLIMA UND GERECHTIGKEIT

### *Grüner Strom statt Abgaben*

Als Bewohner unserer Welt hatte ich inständig gehofft, dass das Klimapaket unserer Regierung deutlich mehr zur Lösung des CO<sub>2</sub>-Problems beitragen würde. Jedes zehntel Grad mehr an globaler Erwärmung schädigt massiv unser Ökosystem. Es kommt darauf an, so schnell und so viel CO<sub>2</sub> wie möglich einzusparen. Die Zeit drängt. Die offensichtlich

einfachste, schnellste, kostengünstigste und wirksamste Maßnahme der CO<sub>2</sub>-Reduktion wäre der Weiterbetrieb möglichst vieler der tausenden Windkraftanlagen, die jetzt nach 20 Jahren Nutzungsdauer wegen der Beendigung der EEG-Vergütung mit einem willkürlichen Datum und der damit einhergehenden Unwirtschaftlichkeit des unvergüteten Weiterbetriebs abgerissen werden müssten. Eine Einsparung von rund 10 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, beziehungsweise die Stromversorgung von rund 3,5 Millionen Haushalten wäre nur durch einen Weiterbetrieb der bestehenden Anlagen möglich. Stattdessen wird sich nur über die Nichterrichtung neuer Anlagen und neue Abgaben sowie Steuern Gedanken gemacht. **Clemens Lüffe, Warendorf**

## ZU ED 2/2020: WIR VERANTWORTEN UNSERE ZUKUNFT

### *Klimaschutz um welchen Preis?*

Es wird allseits über die CO<sub>2</sub>-Reduktion durch Abschaltung unserer Kohlekraftwerke diskutiert. Deutschland hat einen Anteil an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen von 2 Prozent. Wenn Deutschland das Klimaabkommen von Paris erfüllen würde, was bedeutet 40 Prozent der Emissionen zu reduzieren, dann würden wir die weltweiten Emissionen um 0,8 Prozent reduzieren – theoretisch. Weltweit werden jedoch mehr als 1.000 Kohlekraftwerke neu gebaut. Dann hätte unsere Reduktion nur noch einen Effekt von 0,4 Prozent. Und für diesen lächerlich geringen Wert wollen wir unsere Kraftwerke abschalten und damit 100 bis 200 Mrd. Euro verlieren? Dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen in erheblichem Umfang reduziert werden müssen, bestreitet außer vielleicht Herr Trump niemand mehr. Aber so naiv und unverantwortlich, wie wir das Thema in Deutschland diskutieren, muss es nicht sein! Weltweit sind mehr als 100 Kernkraftwerke im Bau – aber wir schalten unsere guten Kraftwerke ab. Unsere bereits jetzt extrem hohen Stromkosten werden dadurch nur noch weiter steigen. **Joachim Kümmel, Neuss**

## ZU ED 2/2020: DER WELTKLIMARAT UND DER KLIMAWANDEL

### *Politische Wissenschaft?*

Ein Satz drückt das Dilemma treffend aus: „Der IPCC ist eine wissenschaftliche und politische Institution zugleich“. Es ist unmöglich, gleichzeitig wissenschaftlich und politisch zu sein. In der Wissenschaft gilt das Unsichere, der Streit, die Vielfalt aber auch die persönliche Expertise. Politisch und damit rechtlich muss hingegen für alle das





Gleiche gelten, wenn nicht Willkür und Unrecht herrschen sollen. Dass dieser Spagat nicht aufgeht, offenbart die Formulierung „neigt [...] der IPCC dazu, die [...] Folgen des Klimawandels zu verharmlosen“. Ja was denn nun: Der IPCC als eine Institution, welche die wissenschaftlichen Erkenntnisse ganz bewusst verfälscht und verharmlost? Nicht aus besserem Wissen, sondern aus politischem Kalkül, wie dem Artikel sinngemäß zu entnehmen ist! Diese Verquickung von Wissenschaft und Politik kann nicht gut gehen. Viele Menschen spüren das und entziehen deshalb der ganzen Klimadebatte das Vertrauen. Wenn dann noch klimawissenschaftliche Laien beim IPCC mitkochen, kann nur fader Politwissenschaftsbrei dabei herauskommen. Schade für die Wissenschaft, schade für die Politik und vor allem schade für das Klima.

Stefan Bürk, Wuppertal

#### ZU ED 2/2020: WAS KOMMT NACH DEM PV-FÖRDERENDE?

### Absurde Wegwerfmentalität

Es empört mich die Vorstellung, eine alte, umweltfreundliche und fehlerfrei laufende PV-Anlage zu verschrotten, nur weil die zuständigen Entscheidungsträger geschlafen haben, einen komplikationslosen Übergang für die Altanlagen in die neue Zeit vorzubereiten. 20 Jahre hätten unsere Politiker dafür Zeit gehabt. Und jetzt bleibt nur die Option, die Anlagen abzuregeln, abzuschalten oder zu verschrotten? Das kann weder im Sinne der Energiewende noch des Umwelt- und Ressourcenschutzes sein.

Clemens Arntz, Namborn

### Energiewendeverhinderungspolitik

Liebe Kämpfer für eine bessere Welt, auch ich habe eine 20 Jahre alte PV-Anlage, die am 1.1.2021 keine Vergütung mehr bekommt. Deshalb werde ich auf Eigenverbrauch umverdrahten und einen Speicher dazu kaufen. Da ich dann mehr als 80 Prozent selbst verbrauchen kann, werde ich Nulleinspeisung machen und auf eine Vergütung verzichten. Ich sehe unabhängig davon nicht ein, warum ich eine EEG-Abgabe auf meinen Eigenverbrauch zahlen soll. Die Erneuerbaren-Richtlinie der EU verbietet dies. Warum hält sich der deutsche Gesetzgeber nicht an europäische Vorgaben zur Energiewende? Leider wird auch eine Einzelinitiative nicht viel bringen, es müssten sehr viele Betroffene und Nichtbetroffene ihren Unmut äußern oder die Parteien, die das seit vielen Jahren zu verantworten haben, müssten abgewählt werden.

Wolfgang Pluschke, Fürth

#### ZU ED 2/2020: NEBENKOSTEN NUR MIT NACHWEIS

### Wo bleibt die Eigenverantwortung?

Es gibt immer wieder Nachrichten, wo der Leser im Zweifel ist, ob er weinen oder lachen soll. So zum Beispiel bei der Nebenkostenentscheidung des Amtsgerichtes Backnang (Az. 5 C 650/19) über einen durchlaufenden Wasserspülkasten. In der Praxis müsste also der Vermieter regelmäßig bei den Mietern die Funktion der Toilettenspülung kontrollieren. So müsse man sich vorstellen, der Vermieter ginge regelmäßig bei den Mietern seine Notdurft verrichten, um den ordnungsgemäßen Zustand festzustellen. Wo bleibt hier eigentlich die Selbstverantwortung des Einzelnen?

Bernd Kriegel, Bergheim

### Weltfremdes Urteil

Wie weltfremd muss ein Gericht sein, dass es nicht den direkten Zusammenhang von nachlässigem Mieterverhalten und dem daraus resultierenden hohen Wasserverbrauch herstellen konnte? Wer außer dem Mieter hat denn den direkten Blick auf den Wasserfluss in der Kloschüssel, wenn das schwimmerbetätigte Ventil nicht ordentlich schließt oder eine andere Undichtigkeit im Spülkasten vorliegt?

Ludwig Schorer, Vöhringen

#### Hinweis der Redaktion

Die Entscheidung des Gerichtes erfolgte nicht im Hinblick auf eine eventuelle Kontrollpflicht des Vermieters, sondern im Hinblick auf die Frage, wessen Risikosphäre der Mehrverbrauch in Folge der Fehlfunktion des Spülkastens zuzuordnen ist. Das Gericht hat in diesem Fall entschieden, dass das Risiko vom Vermieter getragen werden muss und nicht vom Mieter. Ein solches Risiko unterfällt dem gleichen unternehmerischen Risiko des Vermieters, wie beispielsweise ein Leerstand der Immobilie oder ein Wasserschaden im Haus. Im konkreten Fall war der Mieterin, einer alleinstehenden Seniorin, die Fehlfunktion nicht aufgefallen. Wäre der Mieterin die Fehlfunktion bekannt gewesen, wäre es natürlich ihre Obliegenheit gewesen, den Defekt dem Vermieter zu melden.

(Ifs)

# Die Zivilgesellschaft formiert sich

Die Klimakrise nimmt erschreckende Ausmaße an. Wirtschaft und Politik reagieren darauf bisher nicht adäquat. Das Nichthandeln, so sehen es immer mehr Menschen, bedroht das Überleben unserer Spezies. Aribert Peters berichtet über die verschiedenen Formen des Protestes: Auf der Straße, in den Gerichtssälen und in den Kommunen.

**D**ie Klimakrise überholt uns gerade. Was befürchtet wurde, spielt sich bereits vor unseren Augen ab. Und alles kommt schneller und schlimmer als vorhergesehen. Aber das ist erst der Anfang. Die Klimawissenschaft ist zu der Gewissheit gelangt, dass die Klimakrise größtenteils menschenverursacht ist. Man braucht kein Schwarzseher zu sein, um zu erkennen: Die Zeit zum Handeln ist spätestens jetzt. „Fridays for Future“, „Extinction Rebellion“, die Partei „radikal:klima“ in Berlin, der Think-Tank „German Zero“, die Aktivistengruppe „Ende Gelände“, der „Verein für eine nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe“ sowie viele, viele andere Gruppierungen und Organisationen – die Zivilgesellschaft merkt, dass die Zeit davonläuft und formiert sich.

Der Journalist Dirk Steffens schreibt dazu treffend: „Die Corona-Krise ist wahrscheinlich klein im Vergleich zu Krisen wie Artensterben, Klimawandel und all den anderen Ökop Problemen. Ich subsumiere das unter dem Begriff ‚Ökokrise‘. Jedes Jahr – so die Zahlen der Weltgesundheitsorganisation WHO und der NASA – sterben bis zu neun Millionen Menschen an den Folgen der Umweltverschmutzung. Und haben Sie irgendwelche Krisenmaßnahmen gesehen? Haben Sie nationale Rettungspakete gesehen? Haben Sie gesehen, dass die Regierung auch nur ansatzweise so entschlossen dagegen vorgeht wie gegen das Coronavirus? Nein!“

## Bremse und Gas gleichzeitig

Stark vereinfachend gesprochen – nichts anderes lässt der beschränkte Raum hier zu – tut die Politik nichts: Sie ernennt die Energiewende zwar zum Regierungsprogramm, torpediert sie aber gleichzeitig nach Kräften: Faktischer Ausbaustopp für Photovoltaik und Windkraft durch überzogene Abstandregeln, Ausschreibung, Bürokratie, EEG-Umlage auf erneuerbaren Strom und vieles mehr. Es gibt keine Gebäudeener-

gieewende, keine Verkehrswende, keinen vernünftigen Mieterstrom und künftig kommt gerade mal eine minimale CO<sub>2</sub>-Steuer. Überall dasselbe Bild: Verbale Zustimmung und faktische Hintertreibung. Die Politik ist hier schizophren: Sie tritt gleichzeitig auf das Gas und die Bremse. So geht es nicht vom Fleck. Die Politik ist genauso gespalten wie die Bürger des Landes. Luisa Neubauer von Fridays for Future brachte es in ihrer Rede auf der TAZ-Jahresversammlung 2020 auf den Punkt: „Die große entscheidende Frage der Zeit an die Politik lautet: Wie plant ihr uns zu retten? Bisher gibt es keinen Plan, keine Idee, wie es gehen soll, wie die Paris-Ziele erreicht werden könnten. Die Mächtigen sind ohne Willen, die Willigen ohne Macht.“

„Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.“

Kardinal Richelieu

## Weiter so?

Die Gesellschaft als Ganzes steht vor der Entscheidung: Weiter so – oder nicht? Die Kräfte der Beharrung sind sehr stark. Immer ist es einfacher, alles so zu lassen, denn dafür muss man gar nichts tun. Eine Änderung dagegen fordert starke Kräfte, Einigkeit, und eine Überwindung der Trägheitsmomente. Noch dazu sind die Wirtschafts- und Meinungseliten eng mit der fossilen Energiewirtschaft verflochten.

Psychologisch betrachtet ist das Nichtstun immer ungefährlich. Etwas Neues erscheint hingegen als ein Wagnis, ein Risiko. Bei der Klimakrise ist es jedoch genau umgekehrt: Hier hat das „weiter so“ der vergangenen vier Jahrzehnte die Klimakrise überhaupt erst verursacht.



Stefan Müller (CC BY 2.0)



Stefan Müller (CC BY 2.0)





Und ein weiteres Nichtstun führt uns mit großer Sicherheit ins Verderben, so die Klimawissenschaft. Nur dringt diese Erkenntnis langsam – viel zu langsam – in die Köpfe.

### Klimagerechtigkeit als Systemfrage

Die Klimakrise beschleunigt sich und das politische System reagiert nicht angemessen darauf. Die politische Lethargie mobilisiert die Zivilgesellschaft, sie radikalisiert und eint die Protestbewegungen, über alle Altersgruppen und Ländergrenzen hinweg. Die Profiteure des fossilen Systems halten dagegen: Sie finanzieren Klimaleugner (siehe Seiten 14 bis 17 in diesem Heft), beeinflussen Politiker und Journalisten, streuen Angst vor Änderungen, diffamieren die Aktivisten und bedrohen Wissenschaftler sogar persönlich. Und sie schieben die Verantwortung für die Klimakrise gern den Verbrauchern zu: „Ändert Ihr doch mal Euer Verhalten“. Das ist ein durchsichtiger Trick nach dem Schema: Haltet den Dieb. Denn die politischen Rahmenbedingungen müssen dringend und durchgängig geändert werden, damit ökologisches Verhalten sich durchsetzt.

*„Zweifle nie daran, dass eine kleine Gruppe engagierter Menschen die Welt verändern kann – tatsächlich ist dies die einzige Art und Weise, in der die Welt jemals verändert wurde.“*

Margaret Mead

Gemeinsam ist den Klimaaktivisten die Fassungslosigkeit darüber, dass sich Politik, Verwaltung und Wirtschaft weigern, die Weichen für den notwendigen tief greifenden Wandel richtigzustellen. Konsequenz wird deshalb „das System“ infrage gestellt mit der Forderung: „System Change – No Climate Change“. Klimagerechtigkeit wird eingefordert,

zwischen der heutigen und den künftigen Generationen und zwischen entwickelten Ländern als Verursachern der Klimakatastrophe und den armen Ländern als Leidtragenden.

► [bdev.de/riseupforchange](https://bdev.de/riseupforchange)

### Gewaltfreier Ungehorsam

Ziviler Ungehorsam ist ein gezielter Verstoß gegen rechtliche Normen aus Gewissensgründen, um Unrechtssituationen zu beseitigen. Er war die Blaupause vieler erfolgreicher Bürgerbewegungen nach dem Vorbild von Mahatma Ghandi, Martin Luther King und der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Die renommierte US-Friedensforscherin Erica Chenoweth hat 323 gewaltsame und gewaltfreie Bewegungen der vergangenen 100 Jahre untersucht. Das Ergebnis: Gewaltfreie Aktionen haben eine doppelt so hohe Erfolgschance. Gewaltfreier ziviler Ungehorsam ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie, der Demokratisierung von unten ermöglicht, so Erica Chenoweth.

► [bdev.de/chenoweth](https://bdev.de/chenoweth)



Die verschiedenen Klima-Protestgruppen unterscheiden sich in dieser Frage deutlich: Fridays for Future agiert wesentlich vorsichtiger als die Extinction-Rebellion-Bewegung und diese wiederum deutlich zurückhaltender als die Bewegung „Ende Gelände“. Die Aktivitäten aller Gruppen zielen darauf ab, eine Mehrheit in der Bevölkerung zu gewinnen und durch politischen Druck Änderungen zu erzeugen.

## Wende im Kleinen

Anders als auf der behäbigen Bundesebene setzt sich der Bürgerwille an der „politischen Basis“ auf kommunaler Ebene schneller durch. In vielen Gemeinden wird aktiver und vorbildlicher Klimaschutz vorangetrieben. Nicht wenige Kommunen erklären den Klimanotstand und beschließen Klimaneutralität als Ziel. Vorneweg dabei sind die Städte Münster und Bonn. In Bonn hat der Rat der Stadt zudem Bürgerforen beschlossen, in denen zufällig ausgewählte Bürger an den Entscheidungen mitwirken.

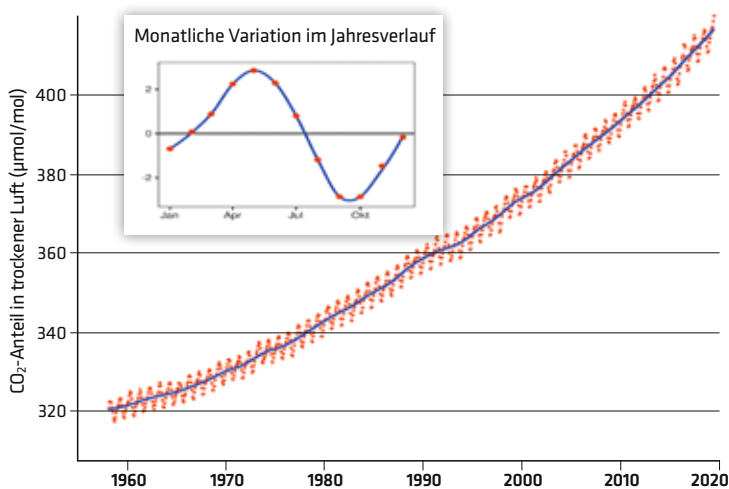
- [www.muenster-klima.info](http://www.muenster-klima.info)
- [bdev.de/bonnimklimawandel](http://bdev.de/bonnimklimawandel)

## Finanzmärkte achten auf Nachhaltigkeit

Auch bei Geldanlegern rücken grüne Investments in den Fokus und gelten inzwischen als „Zukunftschance“. So hat beispielsweise der weltweit größte Finanzinvestor „Blackrock“ das Thema Nachhaltigkeit ins Zentrum seiner Investitionsstrategien gerückt und im Januar 2020 alle Unternehmensvorstände zu deutlichen Verhaltensänderungen aufgefordert. Die aufstrebende Wirtschaftsmacht China hat bis 2060 Null-emissionen angekündigt. Zusammen mit der Europäischen Union sind damit 51 Prozent der globalen Emissionen auf dem erklärten Weg zu Nettonull. Selbst der Ölmulti BP hat seine Unternehmensstrategie neu auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.

- [bdev.de/blackrockbrief](http://bdev.de/blackrockbrief)

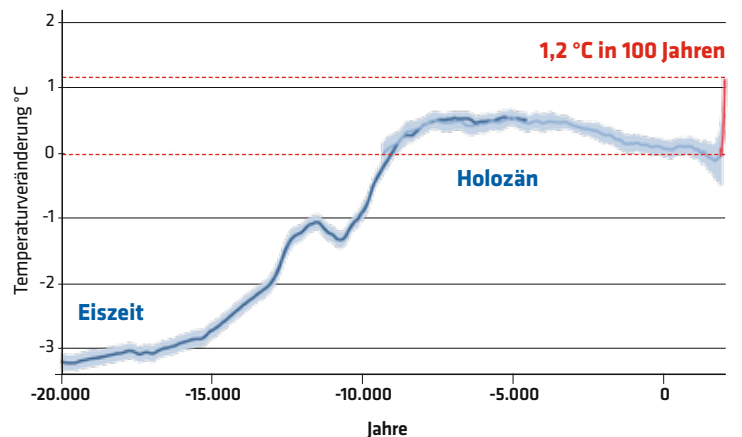
## Monatliche durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Konzentration



Die „Keeling-Kurve“ zeigt den stetigen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre seit 1958. Er entspricht dem durch Verbrennung fossiler Brennstoffe zu erwartendem Wert. Die Analyse der CO<sub>2</sub>-Isotope bestätigt eindeutig die Verbrennung fossiler Energieträger als Hauptquelle des starken Konzentrationsanstiegs.

Grafik: Delorme (CC BY-SA 4.0) / Daten: Dr. Pieter Tans (NOAA/ESRL), Dr. Ralph Keeling (Scripps)

## Globale Temperatur seit der letzten Eiszeit



Dem starken Temperaturanstieg der letzten 100 Jahren durch die Verbrennung fossiler Energien gingen mehr als 5.000 Jahre stabiler Temperaturentwicklung im Holozän (Nacheiszeitalter) voraus.

Grafik: twitter.com/rahmstorf  
Daten: Schakun et al., Nature 2012; Marcot et al., Science 2012; NASA Gistemp bis 2019

## Klimaklagen

Zahlreiche Bürger und von der Klimakrise Betroffene haben neben den klassischen Protestformen einen neuen Weg eingeschlagen: Sie klagen vor Gerichten auf ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit und Zukunft. In Deutschland sind vor dem Bundesverfassungsgericht mehrere Klagen anhängig, die die Unzulänglichkeit des Klimagesetzes be-  
anstanden. Umweltverbände und auch die Fridays-for-Future-Bewegung unterstützen diese Klagen. Das Gericht hat in der Vergangenheit den weiten politischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers betont. Zu welchem Schluss das Verfassungsgericht bezüglich mangelnden Klimaschutz gelangt, ist bisher noch offen.

Auf EU-Ebene wurde die von Greenpeace unterstützte Klimaklage durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) im vergangenen Jahr zurückgewiesen. Sechs Kinder und Jugendliche aus Portugal klagen inzwischen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gegen die Regierungen Europas, dass mangelnder Klimaschutz ihre Menschenrechte gefährde.

Andere Klimaklagen waren bereits erfolgreich. Im Jahr 2015 hatte beispielsweise ein nationales niederländisches Gericht in Den Haag der Stiftung „Urgenda“ Recht gegeben. Die Niederlande müssen ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 25 Prozent statt nur um 17 Prozent verringern, urteilte das Gericht. Die niederländische Regierung ging dagegen in Revision. Im vergangenen Dezember bestätigte das oberste Gericht der Niederlande das ursprüngliche Urteil und gab damit der Klimaklage statt.

Anfang August dieses Jahres hat zudem das Oberste Gericht Irlands die Regierung des Landes zur Raison gerufen. Dabei ging es um den Plan, mit dem die irische Regierung die Emissionen bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 senken wollte. Auf die Klage der Organisation „Friends of the Irish Environment“ hin urteilten die Richter, der Plan sei zu vage. Die Regierung muss nun nachbessern.

- [bdev.de/klimaklagenwiki](http://bdev.de/klimaklagenwiki)
- [bdev.de/klimaverfbeschwerte](http://bdev.de/klimaverfbeschwerte)





## Demokratie ertüchtigen

Die Ertüchtigung der Demokratie steht auf der Agenda vieler Menschen, die sich von der Politik inzwischen im Stich gelassen fühlen. Die Klimakrise offenbart die Mängel des derzeitigen Parlamentarismus: Krebsartiger Lobbyismus, Parteienklüngelei anstelle persönlicher Verantwortung der Gewählten sowie kurzfristiges auf Wahltermine fixiertes Handeln. Auch sind bestimmte Bevölkerungsgruppen wie Beamte und Rechtsanwälte, insbesondere aber alte gebildete Männer, in den Parlamenten deutlich überrepräsentiert.

Die Demokratie ist trotz ihrer Mängel die beste Garantie zur Vermeidung von Kriegen und staatlichen Massentötungen, wie die Politikwissenschaftler Rudolph Joseph Rummel und Erica Chenoweth herausgefunden haben. Andererseits wird der Mehrheitswille durch Techniken der gezielten Meinungsbeeinflussung gesteuert, so die These von Rainer Mausfeld. Wir haben darüber hier schon ebenso berichtet wie über alternative Demokratiekonzepte wie der „flüssigen Demokratie“.

- ▶ [bdev.de/rummelaufsatz](https://bdev.de/rummelaufsatz)
- ▶ [bdev.de/fluessigedemokratie](https://bdev.de/fluessigedemokratie)
- ▶ [bdev.de/schweigenderlaemmer](https://bdev.de/schweigenderlaemmer)

## BürgerInnenversammlungen

Statt die repräsentative Demokratie zu ersetzen, will die Klimaprotestbewegung sie durch das Votum von BürgerInnenversammlungen ergänzen und stärken. Bei einer BürgerInnenversammlung handelt es sich um ein zufällig ausgelostes, aber repräsentatives Gremium von BürgerInnen. In einem mehrere Monate dauernden, moderierten Prozess berät sich diese Gruppe auf der Basis ausgewogener Informationen über ein komplexes Thema, erarbeitet eine Reihe von möglichen Maßnahmen und entscheidet darüber.

Problematisch ist die Art, wie Ergebnisse von BürgerInnenversammlungen im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden. Wenn es sich um reine Empfehlungen handelt, dann haben BürgerInnenversammlungen nur einen sehr geringen Einfluss auf das politische Geschehen. Ein Negativbeispiel ist die in Island von der Bevölkerung erarbeitete neue Verfassung. Sie hat bei der Bevölkerung eine qualifizierte Zweidrittelmehrheit gefunden, wurde aber vom Parlament verworfen.

Ein positives Beispiel ist die im Juni 2020 abgeschlossene „Convention Citoyenne pour le Climat“. Sie beratschlagte in Frankreich zu der Fragestellung „Wie können die Treibhausgasemissionen in Frankreich

bis 2030 auf sozial gerechte Weise um mindestens 40 Prozent gesenkt werden?“. Dabei schlug sie 149 sehr konkrete und weitreichende Maßnahmen vor, darunter drei Verfassungsänderungen.

In Deutschland hat der Bundestag im Juni 2020 den ersten „Bürgerat“ auf Bundesebene angekündigt. Der Auftrag an die gelosten BürgerInnen ist ein Gutachten zum Thema „Rolle Deutschlands in der Welt“. Inwieweit die Themen Klimawandel und ökologischer Kollaps darunter behandelt werden – und was mit den Ergebnissen überhaupt passiert – ist noch unklar.

## Fazit

Die Klimakrise und unser Anteil daran sind ebenso wenig zu ändern, wie die daraus folgende Bedrohung unseres Überlebens als Spezies. Wir müssen rasch dafür sorgen, dass unsere Klimagasemissionen aufhören und wir uns auf die künftigen geänderten Klimabedingungen einstellen. Das kann nur mit Gemeinsamkeit, Mut, Optimismus und demokratischer Entschlossenheit gelingen. Es gibt zahlreiche ermutigende Ansätze.

Dr. Aribert Peters



### Mondays for Future: Freitag demonstrieren, am Wochenende diskutieren und ab Montag anpacken und umsetzen

Prof. Dr. Claudia Kemfert | 21. April 2020 | 200 Seiten  
Murrnann Publishers | ISBN: 978-3867746441 | 18,00 Euro



### Vom Ende der Klimakrise: Eine Geschichte unserer Zukunft

Luisa Neubauer und Alexander Repenning  
14. Oktober 2020 | 304 Seiten | 2. Auflage | Tropen  
ISBN: 978-3608504798 | 10,00 Euro



### Im Hambacher Wald: oder Die Kolonisierung der Erde durch die Untergrabung der Freiheit

Gert Reising | 25. Februar 2020 | 88 Seiten | Dielmann Verlag | ISBN: 978-3866382749 | 16,00 Euro



### Wütendes Wetter: Auf der Suche nach den Schuldigen für Hitzewellen, Hochwasser und Stürme

Dr. Friederike Otto | 3. August 2020 | 240 Seiten | Ullstein Taschenbuch | ISBN: 978-3548062556 | 18,00 Euro

# 20 Jahre EEG: Perspektiven für PV-Altanlagen

Die Pioniere der Energiewende wissen nicht, was aus ihren 20 Jahre jungen aber zum Jahreswechsel 2020/2021 aus der EEG-Vergütung fallenden Anlagen werden soll. Der von der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung vorgelegte Entwurf zum EEG 2021 sollte endlich Klarheit bringen. Tatsächlich kommen neue Optionen auf den Tisch – viele offene Fragen bleiben aber unbeantwortet.

Beim Bund der Energieverbraucher stehen die Telefone nicht mehr still und auch über das E-Mail-Postfach des Vereins gehen von Tag zu Tag mehr und mehr Anfragen der 18.000 PV-Altanlagenbesitzer ein, deren Anlagen zum Jahreswechsel vom EEG-Vergütungsende nach 20 Jahren betroffen sind.

## Bisherige Rechtslage

Das aktuell geltende Erneuerbare-Energien-Gesetz besagt, dass alte PV-Anlagen mit einer Inbetriebnahme bis einschließlich zum Kalenderjahr 2000 zum Jahresende des Jahres 2020 ihren Anspruch auf Zahlung einer Einspeisevergütung und ihren Anspruch auf Einspeisung von Strom in das Stromnetz verlieren. Diese Anlagen sind dann „ausgefördert“. Lediglich das Recht auf den Netzzugang bleibt bestehen. Die Anlagen dürfen folglich in Betrieb und am Netz bleiben, aber keinen Strom einspeisen, wenn es für diesen Strom keinen Abnehmer gibt. Ein Weiterbetrieb dieser ausgeförderten Bestandsanlagen ist nach der aktuellen Rechtslage folglich nur möglich, wenn die Anlagenbetreiber

zum Jahreswechsel handeln. Welche Optionen nach dem aktuellen EEG bestehen, haben wir in Ausgabe 2/2020 der Energiedepesche auf den Seiten 26 und 27 beleuchtet:

- Umstellung auf Eigenverbrauch mit Zahlung von 40 Prozent EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch und Abregelung von Überschüssen, sodass es zu keiner Einspeisung in das Netz kommt („ausschließlicher Eigenverbrauch“)
- Überschusseinspeisung mit Zahlung von 40 Prozent EEG-Umlage auf den Eigenverbrauch und Verkauf des eingespeisten Stroms an einen Direktvermarkter unter Nutzung eines smarten Stromzählers („sonstige Direktvermarktung“)
- Volleinspeisung und Verkauf des eingespeisten Stroms an einen Direktvermarkter unter Nutzung eines smarten Stromzählers („sonstige Direktvermarktung“)
- Abbau der alten, ausgeförderten Anlage und Errichtung einer neuen PV-Anlage, die wieder 20 Jahre Einspeisevergütung erhält und einen EEG-umlagefreien

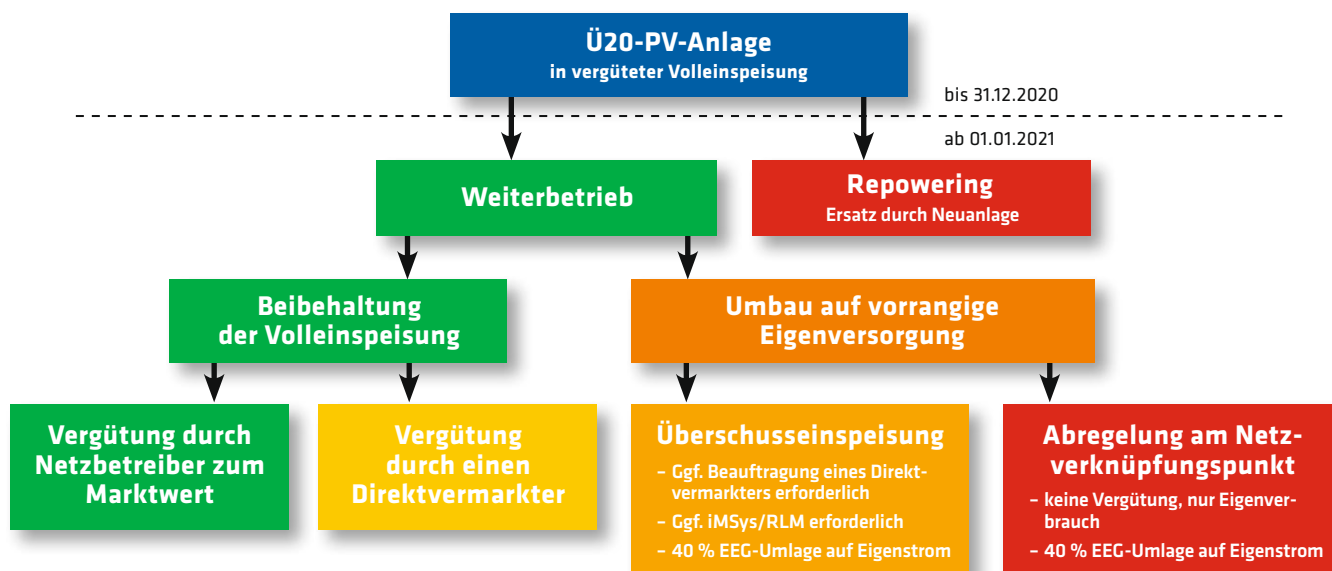
Eigenverbrauch erlaubt sowie bis 7 kWp Leistung auch keinen smarten Zähler benötigt („Repowering“)

► [bdev.de/ueber20pv](http://bdev.de/ueber20pv)

## Viele Optionen, keine Lösung

Die genannten Optionen sind für die meisten PV-Altanlagenbetreiber keine befriedigende Lösung. So kostet beispielsweise die Einrichtung einer technischen Abregelung zur Verhinderung von Einspeisungen viele hundert Euro und auf den dann möglichen Eigenverbrauch werden auch noch 2,6 Cent EEG-Umlage fällig. Die Direktvermarktung benötigt hingegen zwingend ein Smart-Meter (iMSys) oder eine „Registrierende Leistungsmessung“ (RLM) mit Kosten für den Zähler zwischen 100 und 400 Euro pro Jahr. Die diesen Kosten gegenüberstehende Direktvermarktungsvergütung in Höhe von 2 bis 5 Cent je Kilowattstunde (kWh) erwirtschaftet bei einer typischen Anlagengröße von 2 kWp jedoch nur 40 bis 100 Euro Einnahmen pro Jahr. Der Anlagenbetreiber, der sich mit diesem Klammersack von der

## Handlungsoptionen für die Betreiber von ausgeförderten Ü20-PV-Anlagen nach dem Regierungsentwurf zum EEG 2021





Regierung pudern ließe, würde für seinen Beitrag zur Energiewende folglich auch noch bis zu 360 Euro im Jahr draufzahlen.

### Widerstand der Kleinanlagenbetreiber

Am 5. Mai 2020 wurde dem Bundeswirtschaftsministerium eine von 124.395 Unterzeichnern mitgetragene Petition durch den Solarenergie-Förderverein (SFV), die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS), den Bund der Energieverbraucher und rund 60 weitere Verbände überreicht, um auf die genannten Probleme hinzuweisen. In seiner Antwort ist das Ministerium auf die konkreten Probleme mit keinem Wort eingegangen. Ü20-Anlagenbetreiber hätten, so das Ministerium, mit den bestehenden Regelungen immerhin die Chance, Einnahmen zu erzielen. Dass diesen Einnahmen Kosten gegenüberstehen, die die zu erwartenden Einnahmen um ein Vielfaches übersteigen, interessierte das Ministerium nicht.

### EEG 2021 Kabinettsentwurf

Mit der anstehenden Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Jahreswechsel hat die Bundesregierung in ihrem Kabinettsentwurf vom 23. September 2020 zusätzliche Optionen für ausgeforderte PV-Altanlagen vorgesehen. Bei dem vorliegenden Entwurf handelt es sich um einen Entwurf der Regierung, der erst noch im Bundestag beraten werden muss. Wir berichten daher über den Stand des Verfahrens zum Redaktionsschluss.

► [bdev.de/eeg2021entwurf](https://bdev.de/eeg2021entwurf)

### Recht auf Volleinspeisung

Für Anlagen bis 100 kWp sieht der Gesetzentwurf einen Anspruch auf die Fortsetzung der Abnahme und Vergütung des Stroms durch den Netzbetreiber vor (§ 21 EEG-RegE). Die Vergütung sinkt von 50,62 Cent/kWh auf den „Marktwert Solar“ abzüglich der „Vermarktungskosten“ (§ 23b EEG-RegE). Im Ergebnis dürfte die Vergütung ersten Prognosen zu Folge im Jahr 2021 etwa 2 Cent/kWh betragen. Anlagenbetreiber, die selbst nichts anderes in die Wege leiten, sollen automatisch über diese neue „Einspeisevergütung für ausgeforderte Anlagen“ abgerechnet werden und auch die Verwendung bestehender, günstiger SLP-Stromzähler bleibt zulässig.

### Komplizierter Eigenverbrauch

Anlagenbetreiber, die über die geringe Volleinspeisungs-Marktwertvergütung hinaus einen Eigenverbrauch ihres selbst erzeugten Stroms

## Übersicht potenzieller Direktvermarkter für Ü20-PV-Anlagen

Ansichts der neuen Unsicherheit durch den Regierungsentwurf vom 23. September 2020 zum EEG 2021 konnten sich die Direktvermarkter, die nach Kenntnis der Energiedepesche Angebote planen, nicht wie erwartet zum Redaktionsschluss zu konkreten Angeboten äußern. Nachfolgend haben wir Ihnen eine alphabetisch sortierte Liste der uns bekannten Anbieter zusammengestellt, die entsprechende Angebote planen. Alle Angaben sind ohne Gewähr und sollen betroffenen Anlagenbetreibern lediglich eine Handreichung bieten, um zu einem späteren Zeitpunkt die tatsächlichen Angebote dieser Direktvermarkter anfragen zu können.

- **Albwerk** Energieversorger, der für Ü20-Anlagen ein neues Kleinanlagen-Direktvermarktungsangebot plant. Der Zusatzstrombezug ist möglicherweise obligatorisch. Keine Information zu den möglichen Kosten und Vergütungen.
- **Buzzn** Langjährig etablierter Direktvermarkter für Kleinanlagen mit Community-Tarifen. Zusatzstrombezug voraussichtlich nicht obligatorisch aber erwünscht. Grundgebühr voraussichtlich 7 Euro pro Monat zzgl. Messkosten und Vergütung leicht über dem Marktwert Solar.
- **EWS Schöna** Energieversorger, der für Ü20-Anlagen den Einstieg in die Direktvermarktung und möglicherweise auch den Messstellenbetrieb plant. Es liegen noch keine Informationen zu den Vergütungen und Kosten vor. Ziel des Angebotes ist, dass bestehende PV-Anlagen am Netz bleiben können.
- **grün.power/in.power** Neuer Direktvermarkter für Kleinanlagen. Die Vergütung soll sich am Marktwert Solar orientieren. Die Grundgebühr wird voraussichtlich rund 9 Euro pro Monat zzgl. Messkosten betragen. Bei einem Zusatzstrombezug über den Community-Tarif soll der Grundpreis auf rund 4 Euro pro Monat sinken.
- **Green City** Das Direktvermarktungsangebot für Kleinanlagen soll etwa die doppelte Vergütung wie der jeweilige „Marktwert Solar“ bieten. Ein Zusatzstrombezug aus der Green-City-Community wird voraussichtlich nicht obligatorisch aber erwünscht sein. Zu den Vermarktungskosten sind noch keine Preise bekannt.
- **Interconnector/EnBW** Bestehender Direktvermarkter für größere Anlagen mit über 1.500 Kunden. Grundgebühr voraussichtlich etwa 7 Euro pro Monat zzgl. Messkosten. Der Zusatzstrombezug über einen Community-Tarif wird voraussichtlich obligatorisch sein.
- **Stadtwerke Rosenheim** Planung eines Direktvermarktungsangebotes, zu dem noch keine Details bekannt gegeben wurden.

realisieren wollen, kommen auch nach dem neuen Entwurf nicht ohne ein teures Smart-Meter (iMSys/RLM) aus und müssen die anteilige EEG-Umlage auf ihren Eigenverbrauch abführen. Hier sieht der Gesetzentwurf keine Verbesserung vor. Der Entwurf sieht ganz im Gegenteil eine neue Pönale vor: Wer seinen Strom selbst verbraucht und vom Netzbetreiber eine Vergütung für die Einspeisung bezieht, ohne einen teuren smarten Zähler zu haben, soll auf den Eigenverbrauch den örtlichen Endverbraucherstrompreis als Strafe zahlen (§ 55 Abs. 9 EEG-RegE).

### Direktvermarkter in Sonderrolle?

Für Verwirrung sorgt in diesem Zusammenhang eine Übergangsvorschrift, die besagt, dass im Rahmen der „sonstigen Direktvermarktung“ auch günstige, normale Zähler verwendet werden dürfen – aber nur durch Direktvermarkter, nicht bei einer Abrechnung der Einspeisung mit dem Netzbetreiber (§ 10b Abs. 2 EEG-RegE). Diese Norm steht wiederum im Gegensatz zu der im gleichen Entwurf vor-

gesehenen Änderung des § 12 StromNZV-RegE, die besagt, dass Zwei-Richtungs-Zähler für Überschusseinspeisungen grundsätzlich nicht mehr als günstige SLP-Zähler ausgeführt werden dürfen, sondern dafür nur noch teure RLM und iMSys zulässig sind.

### Verwirrung und fehlende Angebote

Im Hinblick auf die bestehenden Unsicherheiten und dem vorgesehenen neuen Volleinspeisungs-Auffangtatbestand dürfte es für betroffene PV-Anlagenbetreiber das Beste sein, abzuwarten, was der Gesetzgeber in den kommenden Wochen und Monaten auf den Weg bringen wird. Sämtliche von der Energiedepesche angefragten Direktvermarkter warten nun ebenfalls auf eine Klärung der jetzt mit dem Regierungsentwurf noch unklarerer Rechtslage und haben entgegen früherer Ankündigungen die für Ende September 2020 geplanten Vorstellungen konkreter Direktvermarktungsangebote für Ü20-PV-Anlagen zurückgezogen.

Louis-F. Stahl

# Heizungsthermostate: Unscheinbare Energiesparer

Vermutlich kein anderes Bauteil in unserem Alltag wird so häufig missverstanden wie das Heizkörperthermostatventil. Nicht wenige Menschen denken, dass die Einstellung am Drehregler den Durchfluss bestimmt und drehen hektisch daran hin und her. Dabei sind selbst die alten mechanischen Thermostate so „smart“, die Raumtemperatur selbstständig zu regeln.

Egal ob man zur Miete wohnt oder ein Eigenheim besitzt: Heizkosten sparen können Mieter und Hauseigentümer mit der Auswahl guter Heizkörperthermostate und deren richtigen Einstellung gleichermaßen. Für den Einspareffekt ist es dabei – in der Theorie – nicht entscheidend, ob man die althergebrachten manuellen Thermostate verwendet, elektronische Thermostate oder gar smarte Thermostate mit Internetanbindung. Zumindest, wenn man die Thermostate konsequent richtig bedient. Hier helfen elektronische und smarte Thermostate beim Energiesparen mit voreinstellbaren Heizplänen. Ob zeitliche Nachtabsenkung, Abwesenheitsabsenkung zu den gewöhnlichen Arbeitszeiten oder Stoßlüftungserkennung: Die elektronischen Helferlein nutzen jede Gelegenheit, den Energieverbrauch zu drosseln. Bei den manuellen Thermostaten muss man zur Absenkung hingegen stets selbst Hand anlegen.

## Heizkörperthermostatkopf: Viel mehr als ein Ventil

Kommen wir zurück zum Missverständnis. Der Irrglaube, dass ein Heizkörperthermostatventil auf „5“ schneller heizt, beziehungsweise mehr Wasser durchlässt als auf „2“ oder „3“, ist weit verbreitet. Heizkörperthermostate sind aber keine „Ventile“, die sich wie ein Wasserhahn verhalten. Sie haben als „Thermostat“ viel mehr die Funktion, die eingestellte Tem-

peratur konstant zu halten und öffnen oder schließen dazu ganz automatisch das Ventil des Heizkörpers. Ist es in einem Raum kalt, ist es daher unerheblich, ob man den Thermostat auf 3 oder 5 stellt: Er öffnet das Ventil in beiden Fällen. Es ist daher nicht notwendig und auch nicht sinnvoll, ständig am Thermostat zu drehen, um die Temperatur zu regeln – denn genau das tut der Thermostat für einen.

## Manuelle Thermostate

Mechanische Thermostatköpfe haben im Inneren eine Flüssigkeit oder ein Gas als sogenanntes Dehnstoffelement, das sich mit beziehungsweise abnehmender Raumtemperatur ausdehnt oder zusammenzieht. Mit einem kleinen Übertragungsstift öffnet und schließt der Thermostatkopf das Ventil im Heizungsrohr. Die kontinuierliche Regelung durch das Dehnstoffelement bewirkt eine weitgehende Konstanzhaltung der eingestellten Raumtemperatur. Die Präzision der Regelung ist abhängig von der Qualität und dem Alter des Thermostatkopfes. Aktuelle Modelle können die Temperatur etwa in einem Schwankungsbereich von 1 bis 2 °C halten. Aufgrund mechanischer Abnutzung ist von einer Lebensdauer von 15 bis 20 Jahren auszugehen. Mit zunehmendem Alter nimmt die Regelgenauigkeit immer weiter ab. Spätestens wenn Sie an einem Thermostatventil ständig stellen müssen, damit die Raumtemperatur konstant bleibt, wird es Zeit, den Thermostatkopf zu ersetzen.

## Zahlensalat entschlüsselt

Einen erheblichen Beitrag zur Verwirrung um die richtige Einstellung von Heizkörperthermostaten trägt die in Europa leider übliche Beschriftung mit Zahlen von 0 bis 5, 7 oder 9 bei. Für Verbraucher wäre es deutlich einfacher, wenn die Hersteller statt der Zahlen direkt Temperaturangaben auf die Thermostatköpfe drucken würden. Eine kleine Handreichung dazu: Bei den Thermostaten mit



Präzisere Regelung: Elektronische Thermostate wie dieses Honeywell HR25 erlauben die Einstellung der Temperatur auf 0,5 °C genau und die Programmierung von Heizplänen mit Hoch- und Absenkenphasen.

Zahlen von 1 bis 5 entspricht die Zahl „1“ meistens 12 °C, „2“ etwa 16 °C, „3“ etwa 20 °C, „4“ rund 24 °C und „5“ etwa 28 °C. Selbst auf der Stellung „0“ halten die meisten Thermostate übrigens als Frostschutzeinstellung 5 bis 8 °C – außer manche Modelle, die zusätzlich vor der „0“ für in dem Fall „Aus“ noch eine Schneeflocke für die Frostschutzstellung haben. Auf modernen Thermostaten findet sich inzwischen oft eine Tabelle, welcher Raumtemperatur die jeweiligen Werte oder Symbole in etwa entsprechen. Wem das zu kompliziert ist, für den bieten manche Hersteller wie IMI Heimeier inzwischen Thermostatköpfe mit richtiger Temperaturbeschriftung an (siehe Foto links).

## Elektronische Thermostate

Eine praktische und moderne Alternative zu den alten mechanischen Thermostatköpfen sind elektronische Thermostate, die sich zu meist auf 0,5 °C genau einstellen lassen. Dank Tages- und Wochenprogrammen können elektronische Thermostate beispielsweise morgens das Bad vorheizen, bevor man selbst überhaupt aufsteht und nach der Morgenwäsche den Heizkörper im Bad automatisch für den Rest des Tages auf Spartemperatur ab-



Intuitive Beschriftung: Auch manuelle Thermostate gibt es inzwischen mit verständlicherer Beschriftung. Auf modernen Thermostaten mit Werten von 1 bis 5 findet sich zudem oft eine Tabelle, welcher Raumtemperatur der jeweilige Wert in etwa entspricht.



senken. Abwesenheitszeiten mit Spartemperaturen sowie Nachtabenkungen sind ebenfalls kein Problem und helfen, den Heizenergieverbrauch zu senken. Wird mittels Stoßlüftung für frische Luft gesorgt, erkennen die meisten elektronischen Thermostate den raschen Temperaturabfall und schalten die Heißwasserzufuhr für 10 bis 15 Minuten aus, damit nicht „für draußen“ geheizt wird.

### Licht und Schatten

Nach Erfahrungen aus der Beratungspraxis des Vereins helfen diese automatisierten Sparmaßnahmen zumeist 10 bis 20 Prozent Heizenergie zu sparen. Nur bei Verbrauchern, die stets pedantisch darauf achten, ihr manuelles Thermostat eigenhändig bei jeder Gelegenheit herunterzudrehen, kann die Automatisierung natürlich keinen Spareffekt erreichen. Nicht vergessen sollte man, dass die elektronischen Helferlein einen jährlichen Wechsel ihrer Batterien oder Akkus benötigen. Vergisst man den Wechsel, fahren die meisten elektronischen Thermostate mit letzter Kraft das Ventil ganz auf, damit auch im tiefsten Winter kein Frostschaden entsteht. Ist man zufällig im Urlaub, wenn die Energie zur Neige geht, kann es bei der Heimkehr ein heißes Erwachen mit entsprechenden Energiekosten geben.

### Smarte Thermostate

Wer seine Heizpläne nicht an einem kleinen Display, sondern lieber am Smartphone, Tablet oder Computer einstellen will, für den gibt es inzwischen auch „smarte“ Thermostate mit Funkanbindung. Je nach Modell und System können smarte Thermostate lediglich zur Programmierung mit einem Smartphone über Bluetooth gekoppelt werden, verbinden sich dauerhaft über Funk mit einer zentralen Steu-



Louis-F. Stahl

**Neueste Technik:** Smarte Thermostate nehmen über Funk mit einer Zentrale oder dem Internet Verbindung auf. So können beispielsweise mit nur einem Knopfdruck auf einen Abwesenheitstaster alle Thermostate auf Spartemperatur geschaltet werden.

ereinheit oder koppeln sich über ein Internet-Gateway dauerhaft mit dem weltweiten Datennetz. Letzteres bietet den Vorteil, vor der Heimkehr aus der Ferne das Haus „vorheizen“ zu können und bei längerer Abwesenheit die Funktion der Heizung – und damit des Frostschutzes für das Gebäude – kontrollieren zu können.

### Empfehlungen

Mechanische Thermostate sind von allen namhaften Herstellern wie Danfoss, Heimeier, Honeywell und Co. grundsätzlich empfehlenswert. Anders als bei den meist mit vielen Ad-

aptern im Lieferumfang daher kommenden elektronischen und smarten Thermostaten muss jedoch bei mechanischen Thermostatköpfen auf den richtigen Anschlusstyp geachtet werden.

Als gutes elektronisches Thermostat empfiehlt sich das seit dem Jahr 2013 erhältliche und sich seit 2015 im Langzeittest beim Verein bewährende Honeywell HR25 für rund 22 Euro, das auch mit Akkus zuverlässig funktioniert. Das vom selben Hersteller darüber im Premiumsegment positionierte HR30 sorgte hingegen mit zahlreichen Ausfällen für einen bitteren Nachgeschmack.

Wer es einfach aber smart im Heimnetz mag und eine Fritzbox hat, für den kommt das AVM Fritz!DECT 301 für rund 45 Euro in Frage, das lokal über die Fritzbox gesteuert werden kann. Dieses Modell bewährt sich seit Mitte 2018 erfolgreich im Langzeittest beim Verein. Das Gerät hatte lediglich eine Schwäche: Es funktionierte mit AA-Akkus an Stelle von AA-Batterien nicht zuverlässig. Aus dem Mitgliederkreis liegen zudem viele positive Berichte zu den smarten Thermostaten von „Homematic/eQ-3“ vor, die mit einer Smart-Home-Zentrale dieses Herstellers über ein proprietäres Funkprotokoll zusammenarbeiten.

Zu smarten Thermostaten mit Cloud-Anbindung liegen dem Verein noch keine ausreichenden Langzeiterfahrungen für eine konkrete Empfehlung vor. Zwei Netatmo-Thermostate befinden sich seit Anfang des Jahres 2020 beim Verein in Unkel im Erprobungsbetrieb. Von einem Test der bekannten Thermostate des Herstellers Tado wurde wegen hoher Abokosten für bestimmte Online-Funktionen abgesehen.

Louis-F. Stahl



**Übersichtliche Bedienung und Analyse:** Smarte Thermostate wie von Netatmo erlauben nicht nur eine einfache Einstellung von Heizplänen, sondern auch eine Auswertung, wann es wie warm im Raum war und wie lange der Thermostat das Heizkörperventil geöffnet hat.

## Jetzt noch besser: Heizungs-EKG 3.0

Wissen Sie, wie oft und wann genau Ihre Heizung heißes Wasser produziert? Wie hoch die Temperatur im Heizkreis ist und ob die Warmwasserbereitung optimal erfolgt? Das Heizungs-EKG vom Bund der Energieverbraucher verrät es Ihnen! Ab sofort steht die dritte Generation des beliebten Analysesets zur Ausleihe bereit.

Eigenheimbesitzer haben in der Regel keine sehr innige Beziehung zu ihrer Heizung. Das Gerät steht schließlich im dunklen Keller oder Versorgungsraum und verrichtet unauffällig seinen Dienst. Die eigene Heizung unter die Lupe zu nehmen, kann sich aber lohnen! In vielen Fällen lassen sich mit einer besseren Einstellung der bestehenden Technik ohne neue Investitionskosten signifikant Brennstoff- und Stromkosten senken. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Absenkung der Heizkreistemperaturen auf das zur Beheizung des Gebäudes wirklich nötige Maß sowie die Kontrolle der Einstellungen zur Heizung und Warmwasserbereitung. Wie das geht, darüber berichtete die Energiedepesche bereits ausführlich unter dem Titel „Heizungsoptimierung in Eigenregie“ in Ausgabe 3/2018 auf den Seiten 28 und 29 (siehe Weblink). Doch selbst, wenn man sich mit der eigenen Heizungsregelung bereits auseinandergesetzt hat, kann man nicht sicher sein, ob alle Einstellungen optimal sind und auch in der Praxis so funktionieren, wie man es sich vorstellt.

► [bdev.de/heizungsoptimierung](http://bdev.de/heizungsoptimierung)

### Heizungs-EKG schafft Klarheit

An genau dieser Stelle setzt das Heizungs-EKG des Vereins an: Es misst, was genau die Heizung zu welcher Tageszeit macht. Erwärmt die Heizung mitten in der Nacht trotz Nachtabsenkung des Heizkreises unnötig den davon unabhängig einzustellenden Warmwasser-



Das Heizungs-EKG des Vereins wird per Post in einem Koffer geliefert und enthält 10 Messfühler, geladene Akkus, ein Internet-Gateway und Installationsmaterial. Alles ist beschriftet und voreingestellt: Sie müssen nur noch die Fühler anbringen und das Gateway in eine der LAN-Buchsen Ihres Routers (z.B. Fritzbox/Speedport) einstecken.

speicher? Heizt die Heizung den Wärmespeicher auf, kurz bevor die Sonne aufgeht, sodass die kostenfreie Wärme der Solarthermieanlage keinen Platz mehr findet? Erzeugt der Kessel mit hohen Abgasverlusten unnötigerweise 70 °C heißes Heizungswasser, obwohl der Niedertemperatur-Flächenheizkreis nur 30 °C benötigt? Ignoriert die Heizungsregelung wegen eines Fehlers die Nachtabsenkung? Genau solchen, in der Praxis häufig vorkommenden, Fehlern kommt man mit dem Heizungs-EKG des Vereins auf die Schliche.

### Technische Evolution

Die erste Version des Heizungs-EKG hatte der Verein im Jahr 2014 entwickelt und ab Anfang Februar 2015 zur Ausleihe angeboten. Wie bei vielen neuen Erfindungen zeigte sich schnell deutliches Optimierungspotenzial. Insbesondere die Bedienung der ersten Generation erwies sich als zu kompliziert. Mit der zweiten Generation wurden im Januar 2016 einfach zu installierende Funk-Messfühler und ein Angebot zur professionellen Auswertung durch einen Energieberater eingeführt. Das System hat sich über die letzten vier Jahre erfolgreich bewährt.

### Der Weg zur dritten Generation

Der Verein war jedoch in der Zwischenzeit nicht untätig: Wir haben das Feedback von Anwendern und Energieberatern gesammelt und in die Entwicklung der neuen, dritten, Generation des Heizungs-EKG einfließen lassen. Die wichtigste Erfahrung aus vier Jahren Heizungs-EKG 2.0 ist, dass die wenigsten Mitglieder im Bund der Energieverbraucher eine



### Heizungs-EKG-Experte vorgestellt

Dipl.-Ing. Günter Rabe unterstützt seit vier Jahren Entleiher des Heizungs-EKG vom Bund der Energieverbraucher telefonisch bei der Installation der Messfühler und erstellt im Anschluss an die Messung die Heizungs-EKG-Kurztgutachten. Rabe ist studierter Maschinenbauingenieur, arbeitete zwischenzeitlich als Physiklehrer, ist seit 1993 als unabhängiger Gebäudeenergieberater tätig und führt neben dem Heizungs-EKG des Vereins seit vielen Jahren auch für die Verbraucherzentrale Moers Heizungs- sowie Solarchecks durch.



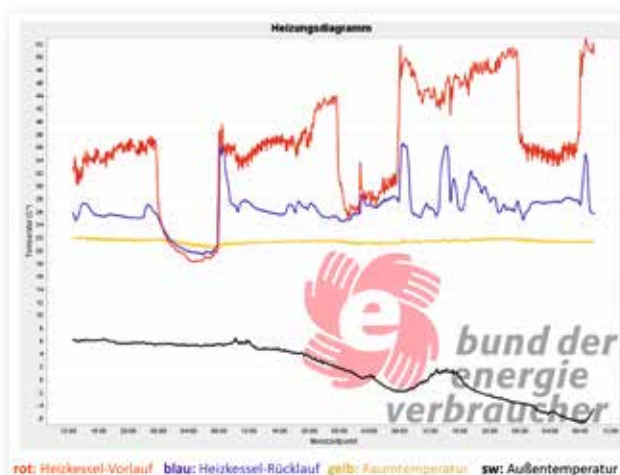
einfache Heizung besitzen. Die meisten Ausleiher haben neben dem Heizkessel oder der Heiztherme einen zweiten Wärmeerzeuger, wie beispielsweise eine Solarthermieanlage, einen Holzvergaserkessel oder einen Kaminofen mit Wassertasche. Und auch ein zweiter Heizkreis für eine Einliegerwohnung oder eine Kombination aus Fußbodenheizung und Radiatorheizkörpern sind keine Ausnahme.

### Heizung-EKG 3.0

Statt bisher mit fünf Messfühlern ist das neue „Heizungs-EKG“ daher mit zehn Messfühlern ausgestattet und kann so mehrere Wärmeerzeuger sowie Heizkreise abdecken. Auch die Sensormodule wurden deutlich aufgewertet: Die zeitliche Auflösung der Messung wurde von sieben auf drei Minuten verbessert. Der messbare Temperaturbereich wurde von 70 auf über 110 °C angehoben, um auch Solarthermieanlagen sinnvoll vermessen zu können. Darüber hinaus haben die neuen Sensormodule ein Display, an dem die aktuellen Messwerte abgelesen werden können und im Fehlerfall eine entsprechende Anzeige erfolgt. Zur einfachen Montage der Temperaturfühler an den Heizungsrohren liegen dem neuen Heizungs-EKG zudem jetzt sogenannte „Rollfedern“ bei, mit denen die kleinen Temperaturfühler flächig und gut wärmeleitend an Heizungsrohren befestigt werden können.



Sämtliche Messfühler sind mit dem richtigen Installationsort beschriftet und die neuen Temperatursensoren können leicht mit einer Rollfeder an Heizungsrohren befestigt werden.



Die Messdaten können Sie über ein Web-Portal in Echtzeit einsehen und auswählen, welche Messpunkte Sie miteinander vergleichen wollen.

Eine weitere Verbesserung: Alle Komponenten haben jetzt einen festen Platz im Transportkoffer, sind eindeutig beschriftet und zusätzlich mit Farbcodes ausgestattet, um Installationsfehler zu vermeiden.

### Fachkundige Auswertung

Und noch eine wichtige Lehre haben wir auf Grundlage des zahlreichen Feedbacks zum System ziehen können: Die besten Messdaten bringen wenig, wenn man als Laie aus ihnen keine Schlüsse ziehen kann. So wie ein medizinisches EKG durch einen Arzt ausgewertet gehört, braucht es auch beim Heizungs-EKG einen Experten, der auf Grundlage der aufgezeichneten Kurven eine fundierte Diagnose erstellt. Aus diesem Grund hat der Bund der Energieverbraucher entschieden, dass jede Ausleihe vom Heizungs-EKG des Vereins zu-

künftig durch einen Energieberater begleitet wird. Der Experte fragt vor dem Versand des Heizungs-EKG die Daten des Hauses und der Heizung ab, hilft telefonisch bei Fragen zur Installation, überprüft die korrekte Installation durch zu übersendende Fotos und wird nach der Messung die erhobenen Messwerte unter Berücksichtigung der Gebäudedaten in einem Kurzgutachten auswerten. Empfehlungen zur besseren Einstellung der Heizung, zur Effizienz des installierten Systems und gegebenenfalls sinnvolle Modernisierungsmaßnahmen gehören natürlich ebenfalls zum neuen Servicepaket.

Louis-F. Stahl

► Details zur Ausleihmöglichkeit des Heizungs-EKG und den Konditionen finden Sie auf Seite 36 in diesem Heft.



Neben dem Zugriff auf die Messdaten erhalten Sie eine umfangreiche Auswertung durch einen Energieberater mit konkreten Optimierungsvorschlägen.

# Energiepolitische Positionen des Vereins

Eine energieverbraucherfreundliche Politik muss zugleich bezahlbar, gerecht, umweltschonend und zukunftsfähig für kommende Generationen sein. Mit den nachfolgenden energiepolitischen Positionen stellt der Vereinsvorstand die Leitlinien der Vereinsarbeit zur Diskussion. Sie sind so formuliert, dass sich eine große Mehrheit der Vereinsmitglieder darin wiederfinden kann.

Die aktuelle Ausgestaltung unserer Energieversorgung trägt den oben genannten Verbraucherinteressen leider nur höchst ungenügend Rechnung. Dem Bund der Energieverbraucher e.V. kommt es auf eine gerechte und langfristige Sicherung der Energieversorgung an. Aus diesem Grund ist der Verein keine Lobbyorganisation für möglichst billige Energiepreise, sondern versteht auch Klima- und Ressourcenschutz als Verbraucherschutz. Die Forderung nach gerechten Preisen und Klimaschutz stehen nämlich nicht in einem Widerspruch zueinander, sondern bedingen und verstärken sich.

## Klimaschutz als Verbraucherschutz

Der Verein ist überzeugt, dass die Klimakrise bereits stattfindet und dass alles Notwendige getan werden muss, um eine künftige weitere Aufheizung unserer Erde zu begrenzen und die Folgen der Klimakrise abzumildern. Dazu muss die Energieversorgung umgehend vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden und gleichzeitig jede Energieform effizienter genutzt werden. Bürger und Verbraucher spielen dabei eine herausragende Rolle: Als Akteure der Energiewende und als Zivilgesellschaft, die den sofortigen Wandel von der Politik bedingungslos einfordert.

Der Klimawandel wird hauptsächlich verursacht durch das Verbrennen von fossilen Energien. Noch immer steigen Jahr für Jahr die menschlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit an und lassen die Temperaturen weiter ansteigen. Für das künftige Klima entscheidend ist **nicht nur dass, sondern vor allem wann** die anthropogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen zuerst vermindert und dann gestoppt werden. Die bis dahin emittierten CO<sub>2</sub>-Mengen entscheiden über den weltweiten Temperaturanstieg und darüber, ob die Kippunkte des Klimas überschritten werden. Dies tritt bereits ein, was dazu führen kann, dass die weitere Erwärmung künftig unabhängig von menschlichem Einfluss fortschreitet.

Der Umstieg auf „100 Prozent Erneuerbare“ muss also sehr schnell und nicht erst in 20 oder 30 Jahren erfolgen. Der Umstieg muss daher sofort mit aller Kraft begonnen werden. Bloße Ziele in ferner Zukunft sorgen nicht für einen Wandel. Aus diesem Grund ist der Verein dafür, dass jetzt begonnen wird, alles zu unternehmen, was möglich ist, damit als Ergebnis dieses Handelns spätestens im Jahr 2030 in Deutschland keine Fossilenergien mehr verbrannt werden.

## Erneuerbare Stromerzeugung

Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland muss beschleunigt werden. Die zahlreichen Behinderungen für Wind- und Sonnenenergie müssen ersetzt werden durch Unterstützung, Ermutigung und Vereinfachung:

- Die EEG-Umlage auf erneuerbar erzeugten Strom muss abgeschafft werden
- Die Eigenstromversorgung muss radikal vereinfacht werden
- Hausbesitzer und Mieter müssen das Recht auf eigene und gemeinschaftlich organisierte Energieversorgung zurück-erhalten
- Abstandsregeln für Windkraftanlagen und die Flächenrestriktionen für PV-Anlagen müssen gestrichen werden
- Vergünstigungen der EEG-Umlage für stromintensive Betriebe im Umfang von rund 5 Milliarden Euro jährlich müssen abgeschafft werden, damit die Betriebe zu mehr Effizienz animiert werden
- Ausschreibungen für EEG-Anlagen müssen abgeschafft werden und alle Wind- sowie PV-Anlagen müssen wieder eine anhand eines Ausbaupfades planbar zu ermittelnde Vergütung erhalten
- Der Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energien muss erhalten bleiben
- Statt eines teuren überdimensionalen Ausbaus der Stromleitungsnetze müssen

deutschlandweit dezentral die notwendigen Erzeugungs- und Speicherkapazitäten geschaffen werden

- Der Ausbau von Stromspeichern und Anlagen zur Sektorkopplung muss gefördert und bestehende Hemmnisse müssen beseitigt werden

## Netzentgelte gerecht verteilen

Haushalte werden durch die Netzentgelte ungerechtfertigt zur Kasse gebeten. Ein ständig wachsender Anteil von Stromkunden, insbesondere Industriekunden, erhält ungerechtfertigte Entgeltreduzierungen. Überhöhte Netzentgelte unterlaufen einen fairen Wettbewerb, denn die Netzbesitzer entziehen sich dem Wettbewerb und scheffeln ein Vermögen. Deshalb fordert der Bund der Energieverbraucher:

- Ausnahmen bei Netzentgelten müssen auf den Prüfstand, ungerechtfertigte Nachlässe gehören abgeschafft
- Eigenkapitalrenditen für Netzbetreiber müssen auf allgemeine Kapitalmarktzinssätze abgesenkt und an Effizienz- sowie Netznutzerzufriedenheitskriterien bemessen werden
- Die Ergebnisse der Entgeltgenehmigungen müssen ungeschwärzt veröffentlicht werden, um Verbrauchern das Recht auf die Anrufung von Gerichten einzuräumen

## Fernwärme fair gestalten

Fernwärmekunden sind ihrem Lieferanten ohne Wechselmöglichkeit ausgeliefert. Eine Preiskontrolle gibt es nicht und auch keinen ausreichenden gesetzlichen Schutz von Verbrauchern. Deshalb fordert der Bund der Energieverbraucher:

- Die Fernwärmeverordnung AVBFernwärmeV muss verbraucherfreundlich novelliert werden
- Verbraucher müssen einen Anspruch auf Auskunft hinsichtlich der tatsächlichen Kosten der Fernwärme vor Eingehung eines Fernwärmelieferungsvertrages,





Mietvertrages oder Kaufvertrages für eine Immobilie erhalten

- Verbraucher müssen ein Recht auf Anpassung der Versorgungsleistung an den aktuellen Energiebedarf des Gebäudes nach Maßgabe unabhängiger Energieberater erhalten
- Fernwärme ist verstärkt mit erneuerbaren und keinesfalls ausschließlich mit fossilen Energieträgern zu erzeugen
- Verbraucher müssen ein Recht auf Einspeisung erneuerbarer Wärme in bestehende Netze gegen eine angemessene Vergütung erhalten, um fossile Energien in Wärmenetzen verdrängen zu können

### Gebäude schnell klimaneutral machen

Die Energiewende im Gebäudebereich kommt kaum voran, obwohl die notwendige Technik bekannt und wirtschaftlich ist. Die Hindernisse für eine zukunftsfähige Wärmedämmung von Gebäuden müssen beseitigt werden. Der Verein fordert:

- Die Dämm- und Effizienzanforderungen an Neubauten müssen erhöht werden
- Wohngebäudeneubauten müssen mindestens den KfW-Effizienzhaus-40-Standard erfüllen
- Verbot von Öl- und Gaskesseln in Neubauten
- Es sollten standardisierte Sanierungspakete für den Gebäudebestand weiterentwickelt und besonders gefördert werden

### Verkehrswende beginnen

Zur Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und zum Abschied von Fossilenergien muss das Verkehrssystem völlig neu gedacht und organisiert werden.

Der Verein fordert:

- Den ÖPNV auszubauen und kostenfrei anzubieten, wobei eine Gegenfinanzierung durch höhere Mineralölsteuern sowie LKW-Mautgebühren und Innenstadt-Mautsysteme anzustreben ist
- Die Radverkehrssysteme müssen massiv ausgebaut werden
- Die zulässigen Grenzwerte für die Emissionen neuer Fahrzeuge müssen deutlich abgesenkt werden und an den konkreten Fahrzeugen bemessen werden, um die bei Flottenverbrauchsgrenzwerten bekannten Lücken zu schließen
- Die Bezahlung von E-Auto-Strom muss an Ladestationen ohne Kundenkarten oder Knebelverträge mit den gängigen Zahlungsmitteln möglich sein und preistransparent erfolgen

### Rechte der Energieverbraucher

Die Verbraucher stehen Versorgern im Fall rechtlicher Auseinandersetzungen weitgehend schutzlos gegenüber. Das geltende Energierecht ist überwiegend von den Interessen der Versorger geprägt. Das Energierecht ist in den vergangenen Jahren zudem so komplex geworden, dass es nur von hochbezahlten Spezialisten durchschaut werden kann. Solche Spezialisten können sich nur Versorgungs-

unternehmen leisten. Nicht spezialisierte Anwälte, Richter und die Verbraucher haben das Nachsehen.

Es gibt ein unverfügbares Grundrecht auf Stromversorgung und eine warme Wohnung. Das folgt aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (Az. 1 BvL 1/09) und aus dem „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ (ICESCR), dem Deutschland beigetreten ist und der nach Grundgesetz Artikel 25 innerstaatlich bindendes Recht ist. Versorgungssperren sind auf dieser Grundlage weitgehend unzulässig. Der Verein fordert daher:

- Übernahme der Energiekosten unabhängig von Hartz-IV-Sätzen, damit der Energiebedarf vollständig bezahlt werden kann
- Das Recht auf eine der Daseinsvorsorge angemessene Strom- und Gasversorgung muss gesetzlich fixiert werden
- Abrechnungen müssen spätestens vier Wochen nach Ende des Abrechnungszeitraums verbindlich erfolgen, damit Horror-Rechnungen für viele Jahre rückwirkend ein Ende haben
- Das Energierecht muss drastisch vereinfacht werden

Leonora Holling, Dr. Aribert Peters, Louis-F. Stahl

### Unterstützen Sie die Weiterentwicklung der Positionen des Vereins

Wir bitten alle Mitglieder des Vereins und Leser der Energiedepesche, die hier genannten energiepolitischen Grundsatzpositionen per E-Mail an [info@energieverbraucher.de](mailto:info@energieverbraucher.de) zu kommentieren, damit wir zu einer abgestimmten Meinungsbildung kommen können. Auch im Zuge unserer anstehenden Hauptversammlung (siehe Seite 34) werden sich die Mitglieder zu den Zielen des Vereins austauschen.

## MESSGERÄTEVERLEIH

### Radonmessung mit Radon-Scout

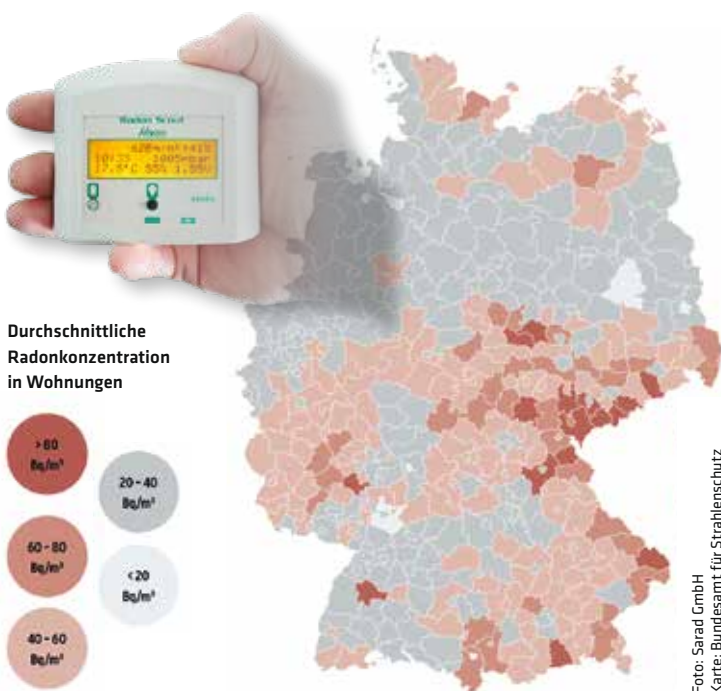
Radioaktivität können wir nicht sehen, nicht schmecken und auch nicht riechen – das ist bekannt. Was hingegen kaum jemand weiß: Aus dem Erdreich steigt in einigen Regionen Deutschlands vermehrt das Gas Radon auf. Im Freien ist dies unproblematisch, da sich das Gas sofort in der Atmosphäre verflüchtigt. Je nach Stärke des Vorkommens im Erdreich, der Bodenbeschaffenheit unter Gebäuden und der Dichtheit im Kellerbereich kann es jedoch zu einer bedenklichen Konzentration in der Innenraumluft kommen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) weist darauf hin, dass das Risiko an Lungenkrebs zu erkranken, umso größer ist, je mehr Radon sich in der Atemluft befindet und je länger Radon eingeatmet wird. Über die Innenraumluft aufgenommenes Radon stelle nach dem Rauchen eine der wichtigsten Ursachen für Lungenkrebs dar, so die Behörde. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt eine maximale Radonkonzentration in Innenräumen von 100 Bq/m<sup>2</sup>.

Nach Messungen des BfS wird in Deutschland in 10 Prozent der Ein- und Zweifamilienhäuser dieser Wert überschritten. Zur Abschätzung, wie hoch die Gefahr regional ist, hat das BfS eine Karte mit den Ergebnissen bisheriger Innenraumluftmessungen erstellt. Im Fall erhöhter Messwerte empfiehlt die Behörde einfache bauliche Maßnahmen wie eine Kellerbelüftung, damit sich das Gas nicht im Keller anreichert und in den Wohnraum im Erdgeschoss aufsteigt.

Auf Mitgliederwunsch hat der Bund der Energieverbraucher Messgeräte vom Typ „Radon-Scout Home“ des Herstellers Sarad aus Dresden in den Geräteverleihservice aufgenommen. Mit diesen Messgeräten können Sie die Radonkonzentration im Keller und im Erdgeschoss von Wohnhäusern messen. Die Messwerte können einfach über ein Display abgelesen werden. Optional ist eine genaue Auswertung über ein PC-Programm möglich. Details zum Geräteverleih finden Sie auf Seite 37 in diesem Heft. (Ifs)

► [bdev.de/bfsradon](http://bdev.de/bfsradon)



### Hauptversammlung am 14. November 2020

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung vom Bund der Energieverbraucher e.V. wird am 14. November 2020 ab 11 Uhr stattfinden. Die Veranstaltung soll durch interessante Vorträge abgerundet werden (siehe Hefrückseite).

Leider ist angesichts der noch immer andauernden Corona-Pandemie unklar, ob die Veranstaltung als Präsenzveranstaltung stattfinden kann. Der Vorstand prüft derzeit, ob ein entsprechendes Hygienekonzept eine sichere Hauptversammlung ermöglicht. Sollte die Hauptversammlung wegen des Infektionsrisikos nicht als Präsenzveranstaltung im großen Saal des Rathauses von Unkel stattfinden können, wird zur Erfüllung der nach der Vereinssatzung notwendigen Abstimmungen durch die Delegierten eine virtuelle Versammlung mit diesem Teilnehmerkreis durchgeführt.

Anmeldungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle telefonisch unter der Rufnummer 02224.123123-0 entgegen.

## ANWALTS-HOTLINE

### Stabwechsel am Telefonhörer



Noch bis Ende Dezember 2020 berät Sie montags  
Rechtsanwältin Michaela  
Sievers-Römhild



Ab Januar 2021 berät  
Sie am Montagstermin  
Rechtsanwältin  
Cornelia Ahrens



Donnerstags steht Ihnen  
auch weiterhin Rechtsan-  
wältin Leonora Holling  
zur Verfügung

Mitglieder im Bund der Energieverbraucher erhalten bereits seit 1993 im Rahmen wöchentlicher Hotlinezeiten kostenlos telefonische Hilfe durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die auf Energierecht spezialisiert sind. Seit über 10 Jahren werden ratsuchende Mitglieder montags zwischen 16.00 Uhr und 19.00 Uhr von Rechtsanwältin Michaela Sievers-Römhild und donnerstags zwischen 18.00 und 21.00 Uhr von Rechtsanwältin Leonora Holling zuverlässig und kompetent beraten.

Zum Ende des Jahres 2020 wird Rechtsanwältin Sievers-Römhild ihre Anwaltstätigkeit altersbedingt beenden und insoweit leider auch die Anwaltshotline des Vereins

montags nicht weiter betreuen. Der Vereinsvorstand dankt Frau Sievers-Römhild im Namen aller Mitglieder für ihren jahrzehntelangen und erfolgreichen Einsatz im Sinne der Energieverbraucher.

Ab dem 4. Januar 2021 wird Sie unter der gewohnten Anwalts-Hotline-Rufnummer 02224-12312-40 Rechtsanwältin Cornelia Ahrens begrüßen, die seit 2008 Mitglied im Verein ist und ab 2012 bereits regelmäßig die Urlaubsvertretungen von Frau Sievers-Römhild sowie von Frau Holling an der Hotline übernommen hat. Frau Ahrens zählt darüber hinaus seit vielen Jahren zum festen Team der auf Energierecht spezialisierten Verbraucheranwälte des Vereins. (Ifs)



Mitglieder im Bund der Energieverbraucher e.V. genießen viele Vorteile und haben exklusiven Anspruch auf die umfangreichen Service- sowie Beratungsangebote des Vereins. Nutzen Sie den Mehrwert Ihrer Mitgliedschaft! Hier lesen Sie, welche Angebote Ihnen zur Verfügung stehen und wie Sie Gebrauch davon machen können.



## Rechtlicher Schutz für Sie in Energiefragen!

**Alle Mitglieder** erhalten kostenlos telefonische Hilfe durch Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die auf Energierecht spezialisiert sind. Darüber hinaus bietet der Verein die Kostenübernahme von Gerichts- und Anwaltskosten für diejenigen, die in den Solidaritätsfonds des Vereins einzahlen (siehe unten „Super-Schutz in Rechtsfragen“).

- **Anwalts-Hotline:** Der Bund der Energieverbraucher unterhält eine kostenlose telefonische Rechtsberatung zu festgelegten Zeiten für alle Mitglieder. Immer montags von 16.00 bis 19.00 Uhr und donnerstags von 18.00 bis 21.00 Uhr, Tel: 02224.12312-40. Am Telefon beraten zugelassene Rechtsanwältinnen in eigener Verantwortung.
- **Anwalts-Rückruf:** Mitglieder können telefonisch oder per E-Mail an [info@energieverbraucher.de](mailto:info@energieverbraucher.de) einen Rückruf von unserem Anwaltsteam erbitten. Die Vereinsgeschäftsstelle leitet Ihre Anfrage an einen kooperierenden Rechtsbeistand des Vereins weiter.
- **E-Mail-Beratung:** Per E-Mail an [info@energieverbraucher.de](mailto:info@energieverbraucher.de) können Mitglieder direkt Fragen an unsere Anwaltschaft stellen. Möglich sind ausschließlich einfache Anfragen ohne beigefügte Dokumente. Anfragen werden in der Regel innerhalb von zwei Tagen beantwortet.

## Anbieter wechseln und sparen

Wir nehmen Ihnen die Arbeit des Anbieterwechsels ab. Wir prüfen für Sie, welcher Anbieter zu Ihnen passt. Wir bereiten den Wechsel für Sie vor und führen den Wechsel in Ihrem Auftrag durch. Die Servicepauschale beträgt für Vereinsmitglieder pro Wechsel 20 Euro. Nichtmitglieder zahlen 90 Euro.

Das Angebot gilt für Haushaltsstrom und Erdgas, nicht jedoch für Zweitarifzähler, Heiz- oder Wärmepumpenstrom.

Wenn etwas mit dem Wechsel oder mit der Abrechnung nicht funktionieren sollte, sagen Sie uns einfach Bescheid. Wir kümmern uns darum. Nach einem Jahr oder bei Preiserhöhungen prüfen wir gerne für Sie erneut, ob sich ein Wechsel lohnt.

► [bdev.de/anbieterwechsel](https://bdev.de/anbieterwechsel)

## Überprüfung Ihrer Heizkostenabrechnung

Jede zweite Heizkostenabrechnung von Vermietern ist fehlerhaft! Ist Ihre Abrechnung richtig? Unser Gutachten sagt es Ihnen. Für diesen Service zahlen Mitglieder einen Kostenbeitrag in Höhe von 20 Euro und Nichtmitglieder 90 Euro.

► [bdev.de/heizkostencheck](https://bdev.de/heizkostencheck)

## Super-Schutz in Rechtsfragen

Wer im Streitfall nicht auf den Gerichts- und Anwaltskosten sitzen bleiben will, für den ist der Prozesskostenfonds des Vereins richtig. Dafür sind über den Mitgliedsbeitrag hinaus jährlich 40 Euro (ermäßigter Beitrag 30 Euro) in den Prozesskostenfonds des Vereins zu zahlen. Das ermöglicht zusätzlichen rechtlichen Schutz: Der Verein kann Anwaltskosten sowohl im außergerichtlichen Verfahren als auch Gerichts- und Anwaltskosten in Gerichtsverfahren übernehmen. Darüber hinaus erhalten Fondsmitglieder auch bei komplexen Sachverhalten mit Prüfung von beigefügten Unterlagen eine kostenfreie rechtliche Ersteinschätzung durch die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte des Vereins.

► [bdev.de/fonds](https://bdev.de/fonds)

## Überprüfung Ihrer Betriebskostenabrechnung

Viele Mieter zahlen zu Unrecht überhöhte Betriebskosten an ihren Vermieter. Wir prüfen Ihre Betriebskostenabrechnung. Finden wir einen Fehler, helfen wir Ihnen mit einer Widerspruchsvorlage. Mitglieder erhalten diesen Service für einen Kostenbeitrag in Höhe von 20 Euro. Nichtmitglieder zahlen 90 Euro.

► [bdev.de/betriebskostencheck](https://bdev.de/betriebskostencheck)

## Droht eine Versorgungssperre?

Der Verein hilft im Fall einer drohenden Versorgungssperre bei rechtlichen Fragen über das Anwaltsteam des Vereins (siehe „Rechtlicher Schutz“ und „Super-Schutz in Rechtsfragen“). Das von Thomas Schlagowski geleitete Büro für Energieunrecht des Vereins stellt darüber hinaus einen direkten Kontakt zum Versorger her und hilft, eine Einigung zu vermitteln. Sprechstunde: Dienstag, 9.00 bis 13.00 Uhr, Telefon: 02224.12312-48.

► [bdev.de/stromsperre](https://bdev.de/stromsperre)

## Energieberatung

Der Bund der Energieverbraucher hilft bei der Suche nach einem Energieberater – auch für Gutachten zur Inanspruchnahme von KfW-Förderprogrammen. Nachfolgende Liste informiert über die mit dem Verein kooperierenden Energieberater. Diese Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern grundsätzlich kostenlos. Weitere Berater finden Sie im Internet unter [bdev.de/energieberatung](http://bdev.de/energieberatung)

**LEITZONE 10000 10115 Berlin (Mitte)** Dipl.-Ing. Franco Dubbers, Architekt und Energieberater, Bernauer Str. 8, T. 030.28099390

**LEITZONE 20000 20257 Hamburg** Dipl.-Ing. Michael Wachtel, Energieberater, Langenfelder Damm 23, T. 040.43095961 **22765 Hamburg** H.-M. Hell, Behringstr. 23, T. 040.3902939 **24340 Eckernförde** Dipl.-Ing. Architekt BDB Jörg Faltin, Rendsburger Str. 35, T. 04351.767591 **24628 Hartenholm** Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, Ing.-Büro EnergieSystem, Grubeleck 9, T. 04195.9900890 **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, T. 04121.450852 **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, Dipl.-Ing. Andreas Neumann, Ebertstr. 110, T. 04421.92640 **26789 Leer-Nüttermoor** Energieberater (HTC) Friedrich Lüpkes, An der Trah 25, T. 0491.64706

**LEITZONE 30000 30952 Ronnenberg** Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schilfweg 24, T. 0511.435350 **31228 Vöhrum** Dipl.-Ing. (FH) Olaf Brokate, Bau + Energieberatung, Ährenweg 1, T. 05171.292110 **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, T. 02771.850486 **38173 Lucklum** Friese & Röver GmbH & Co. KG, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Gutshof 4, T. 05305.765373

**LEITZONE 40000 44801 Bochum** Energieberatung Karl-Heinz Dübler, Paracelsusweg 3, T. 0234.707865, [karl-heinz.duebler@t-online.de](mailto:karl-heinz.duebler@t-online.de) **45768 Marl** Energieberater Frank Vortman, Schachtstr. 296, T. 02365.509394

**LEITZONE 50000 50389 Wesseling** Dipl.-Ing. Timur Göral Süleyman, Energieberater, Aachener Str. 24, T. 02236.841518 **51515 Kürten** Dipl.-Bauing. Michael Molitor, Kirchweg 5, T. 02268.907293 **55425 Waldalgesheim** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Untere Hey 2, T. 06721.400420 **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, T. 0261.9835998 **58332 Schwelm** Jens Blome, Sachverständigenbüro, Energieberatung, Theodor-Heuss-Str. 60, T. 02336.17215

**LEITZONE 60000 61449 Steinbach (Taunus)** Dipl.-Ing. (FH) Markus Hohmann, Energieberatung im Hochtaunus, Daimlerstr. 6, T. 06171.2089111 **64285 Darmstadt** Energie & Haus, Dipl.-Ing. Carsten Herbert, Ahastr. 9, T. 06151.1014443 **65439 Flörsheim/Main** InDiGuD, Ingenieur-Dienstleistung, Günther Dörrhöfer, Eddesheimer Str. 28, T. 06145.3799550 **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, T. 06326.701926

**LEITZONE 70000 78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 31, T. 07721.9985510 **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Ritterstr. 51, T. 07621.95770

**LEITZONE 80000 86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, T. 0821.452312

**LEITZONE 90000 91522 Ansbach** H. Bischoff, IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, T. 0981.4880060 **95448 Bayreuth** Energent AG, Energie intelligent nutzen, Oberkonnersreuther Str. 6c, T. 0921.50708450, [info@energent.de](mailto:info@energent.de) **97225 Zelligen** Horst Endrich, Billinghamer Str. 51, T. 09364.9319

## Heizungs-EKG

Was macht meine Heizung zu welcher Tageszeit? Sind die Heizung und die Warmwasserbereitung optimal eingestellt? Das Heizungs-EKG des Vereins verrät es Ihnen!

Das EKG besteht aus zehn Messfühlern und einem Internet-Gateway. Die Messfühler zeichnen kontinuierlich die Temperatur an bestimmten Punkten der Heizung auf. Die gesamte Messhistorie wird automatisch an einen Energieberater des Vereins übermittelt, der für Sie eine Auswertung vornimmt und in einem Kurzgutachten verständlich zusammenfasst. Mit dieser Diagnose können Sie die Einstellung Ihrer Heizung optimieren.

Für die Ausleihe des Heizungs-EKG, Porto und Gutachten sowie Unterstützung durch den Energieberater wird ein Kostenbeitrag in Höhe von 40 Euro erhoben. Nichtmitglieder zahlen 90 Euro.

► [bdev.de/heizungsek](http://bdev.de/heizungsek)

## Telefonischer Hausgeräte-Reparaturservice

Oft werden Hausgeräte wegen eines kleinen Defektes ausgemustert, obwohl eine Instandsetzung mit dem nötigen Fachwissen denkbar einfach wäre.

Treten Probleme mit Hausgeräten auf, sind wir Verbraucher als Laien mit der Diagnose jedoch schnell überfordert. Der Reparaturservice der Hersteller ist zudem meist sehr teuer oder verweist auch nur auf ein Neugerät.

Wir haben eine bessere Lösung: Unser Hausgeräteexperte Oliver Stens hilft Vereinsmitgliedern mittels telefonischer Anleitung bei der Diagnose, der Ersatzteilsuche und beim Einbau. Mitglieder erreichen unseren Hausgeräteexperten Oliver Steens immer montags von 19.00 bis 21.00 Uhr.

► **Rufnummer: 02224.12312-41**





### Überprüfung Ihrer Jahresrechnung für Strom, Gas und Fernwärme

Ist Ihre Jahresabrechnung für Strom, Gas oder Fernwärme korrekt? Wir rechnen genau nach und suchen für Sie nach Fehlern in der Abrechnung. Die von unseren Mitgliedern übermittelten Zählerstände und die richtige Höhe der Preise können wir dabei natürlich nicht überprüfen. Senden Sie uns Ihre Zählerstände vom Beginn und am Ende der Abrechnungsperiode, die Jahresabrechnung des Versorgers, die vertraglich vereinbarten Preise sowie Boni und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Für diesen Service wird ein Kostenbeitrag in Höhe von 20 Euro erhoben. Nichtmitglieder zahlen 90 Euro.

► [bdev.de/jahresrechnung](https://bdev.de/jahresrechnung)

### Flüssiggaspreise und Vertragsauflösung

Der Bund der Energieverbraucher hat günstige Preise für Flüssiggas ausgehandelt und im Internet veröffentlicht. Diese Preise bekommen nur Kunden eingeräumt, die über den Bund der Energieverbraucher vermittelt bestellen. Die jeweiligen Anbieter haben sich verpflichtet, die vom Bund der Energieverbraucher vermittelten Kunden zu den angegebenen Preisen zu beliefern.

Die Preise gelten für jeweils größere Lieferregionen. Für einzelne Orte, zum Beispiel nahe an einem Tanklager, kann es durchaus auch günstigere Angebote geben. Es empfiehlt sich daher stets, Preise auch mit lokalen Anbietern und im Internet zu vergleichen.

► [bdev.de/fluessiggaspreis](https://bdev.de/fluessiggaspreis)

Sie sind in einem Flüssiggas-Langzeitvertrag gefangen und damit unzufrieden? Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrages und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist. Für Mitglieder kostet dieser Service 50 Euro. Nichtmitglieder zahlen 150 Euro.

► [bdev.de/fluessiggasraus](https://bdev.de/fluessiggasraus)

### Messgeräteverleih: Wärmebildkameras, Energiekostenmonitore, Schadstoffmessgeräte und vieles mehr

Der Bund der Energieverbraucher hält ein Füllhorn professioneller Messgeräte für Sie bereit. Die hochwertigen Geräte sind durchweg sehr präzise, aber einfach zu bedienen und kommen mit umfangreichem Zubehör auf dem Postweg zu Ihnen nach Hause. Nach Erhalt des Paketes können Sie die ausgeliehenen Geräte für 7 Tage nutzen. Wenn Sie Fragen zur Benutzung haben, stehen Ihnen Experten des Vereins telefonisch, per E-Mail und notfalls auch per Videoanruf zur Verfügung. Jeder Sendung liegt stets ein vorfrankiertes Rücksendelabel bei, mit dem Sie das Paket in allen Postfilialen, Packstationen oder DHL-Paketschaltern im Einzelhandel einfach und kostenfrei wieder an den Verein zurücksenden können.

#### Zur Verfügung stehen derzeit:

- Professionelle Wärmebildkamera „Flir E6/E8“ im großen Koffer mit funktionsreicher, allerdings kompliziert zu bedienender Windows-Software
- Wärmebildkamera „Seek Compact Pro“ als leicht zu benutzendes Ansteckmodul für Smartphones und Tablets
- Stromkostenmonitor „Energy Logger 4000“ mit LC-Display und optionalem Lastgang-Datenlogging zur Auswertung am Windows-PC
- Stromkostenmonitor „SEM6000“ mit Datenlogging, Bluetooth und App-Auswertung über Smartphones ohne eigenes Display
- Stromkostenmonitor „CLM 210“ mit Zwischenstecker, langem Kabel und sehr einfacher Bedienung sowie großer Anzeige
- Luftschadstoff- und CO<sub>2</sub>-Messgerät zur Luftqualitätsmessung
- Geigerzähler „Gamma Scout“ für Alpha-, Beta- und Gammastrahlung
- Radon-Messgerät „Radon-Scout“ zur Messung der Radon-Konzentration in der Raumluft
- Schimmel-Box zur Messung von Luftfeuchte, Oberflächentemperatur, Wand- und Holzfeuchte bei Schimmelbefall in der Wohnung
- Duschkostenmonitor „Amphiro b1 connect“
- Luxmeter „LM 37“ zur Helligkeitsmessung
- Schallpegelmessgerät „SL400“ zur Lärmmessung

Für jede Ausleihe wird einen Kostenbeitrag in Höhe von 10 Euro erhoben. Für die besonders teuren Wärmebildkameras beträgt der Kostenbeitrag 30 Euro. Nichtmitglieder zahlen für jedes ausgeliehene Gerät pauschal 90 Euro. Je nach Gerät ist als Sicherheit vor dem Versand eine angemessene Kaution auf das Vereinskonto zu leisten, die sofort an Sie zurückgezahlt wird, sobald die Geräte wohlbehalten und pünktlich wieder beim Verein eintreffen.

► [info@energieverbraucher.de](mailto:info@energieverbraucher.de) oder 02224.123123-0



## Expertenrat am Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch durch Experten vom Bund der Energieverbraucher e.V. beraten lassen. Folgende Beratungszeiten und Telefonnummern stehen zur Verfügung:

### Rechtsberatung durch Anwälte des Vereins:

Rufnummer: 02224.12312-40

Montag 16.00 – 19.00 Uhr | Rechtsanwältin Michaela Sievers-Römhild

Donnerstag 18.00 – 21.00 Uhr | Rechtsanwältin Leonora Holling

### Hausgeräte, Probleme und Reparatur (keine TV-/HiFi-Geräte):

02224.12312-41 | Montag 19.00 – 21.00 Uhr | Oliver Stens

### Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser:

02224.12312-42 | Montag 19.00 – 21.00 Uhr | Klaus Michael

### Gebäudesanierung, Heizungsoptimierung, BHKW:

02224.12312-43 | Donnerstag 19.00 – 21.00 Uhr | Claus-Heinrich Stahl

### Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung:

02224.12312-44 | Montag 20.00 – 21.00 Uhr | Michael Hell

### Solartechnik:

02224.12312-45 | Montag 19.00 – 21.00 Uhr | Bernhard Weyres-Borchert

### Flüssiggas-Technikhotline:

02224.12312-46 | Dienstag 18.00 – 20.00 Uhr | Walter Würzinger

### Flüssiggas-Anwaltshotline:

02224.12312-47 | Dienstag 15.00 – 17.00 Uhr | RA Volker Speckmann

### Versorgungssperren:

02224.12312-48 | Dienstag 9.00 – 13.00 Uhr | Thomas Schlagowski

### Schornsteinfegerfragen:

02224.12312-49 | Mittwoch 17.00 – 19.00 Uhr | Sven Blank

### Energieausweise, EnEV, EEWärmeG, KfW- und BAFA-Förderung:

02224.12312-50 | Montag 14.00 – 16.00 Uhr | Markus Hohmann

## Prosumerzentrum

Energieverbraucher sind häufig längst nicht mehr ausschließlich Verbraucher. Wir unterstützen unsere Mitglieder nicht nur in Energieverbrauchsfragen, sondern auch bei Fragen zu stromerzeugenden Heizungen wie BHKW und Brennstoffzellen sowie zu Photovoltaik- und Solarthermieranlagen aber auch Stromspeichern, Mieterstrom und der Elektroautoladung.

Unsere Experten unterstützen Sie von der Frage der für Sie und Ihre Immobilie passenden Anlage, über die Angebotsprüfung, Netzanbindung bis hin zu laufenden Abrechnungsfragen sowie bei Problemen mit der richtigen Messtechnik. Stellen Sie uns Ihre Frage per E-Mail. Oder vereinbaren Sie mit der Bundesgeschäftsstelle einen Rückruf durch unsere Experten.

► [info@energieverbraucher.de](mailto:info@energieverbraucher.de)

## Umzug: Meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei einem Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

### Mitgliedsnummer

.....

### Name

.....

### Straße

.....

### PLZ, Ort

.....

### Telefon

.....

### E-Mail

.....

### Meine neue Bankverbindung lautet:

#### IBAN

.....

#### BIC

.....

#### Kreditinstitut

.....





## Bücher

### Digitalotopia: Sind wir bereit für die (R)Evolution der Wirklichkeit?

Sascha Berger | 27. Februar 2019 | 436 Seiten | Books on Demand  
ISBN: 978-3752895117 | 19,99 Euro

### Factfulness: Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist

Hans Rosling | 30. August 2019 | 400 Seiten | 10. Auflage  
Ullstein Taschenbuch | ISBN: 978-3548060415 | 16,00 Euro

### Im Hambacher Wald: oder Die Kolonisierung der Erde durch die Untergrabung der Freiheit

Gert Reising | 25. Februar 2020 | 88 Seiten | Dielmann Verlag  
ISBN: 978-3866382749 | 16,00 Euro

### Erneuerbare Energien und Klimaschutz: Hintergründe – Techniken und Planung – Ökonomie und Ökologie

Prof. Volker Quaschnig | 9. März 2020 | 394 Seiten | 5. Auflage  
Carl Hanser Verlag | ISBN: 978-3446462939 | 29,99 Euro

### Flüssiggas und BioLPG in der Energiewende

Uwe Thomsen, Maira Kusch und Frank Urbansky | 18. März 2020  
478 Seiten | VDE Verlag | ISBN: 978-3800748686 | 59,00 Euro

### Mondays for Future: Freitag demonstrieren, am Wochenende diskutieren und ab Montag anpacken und umsetzen.

Prof. Dr. Claudia Kemfert | 21. April 2020 | 200 Seiten | Murmann Publishers | ISBN: 978-3867746441 | 18,00 Euro

### Die Klimaschmutzlobby: Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen

Susanne Götze und Annika Joeres | 2. Juni 2020 | 304 Seiten  
2. Auflage | Piper Verlag | ISBN: 978-3492070270 | 20,00 Euro

### Heißzeit: Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – und wie wir auf die Bremse treten

Prof. Dr. Mojib Latif | 29. Juni 2020 | 224 Seiten | Verlag Herder  
ISBN: 978-3451386848 | 20,00 Euro

### Die Mobilitätswende: und ihre Brisanz für Gesellschaft und Weltwirtschaft

Karin Kneissl | 4. September 2020 | 240 Seiten | Braumüller Verlag  
ISBN: 978-3991003076 | 22,00 Euro

### Energiespeicher für die Energiewende: Auslegung und Betrieb von Speichersystemen

Armin U. Schmiegel | 7. September 2020 | 240 Seiten | 2. Auflage  
Carl Hanser Verlag | ISBN: 978-3446464056 | 29,99 Euro

### Windkraft neu gedacht: Erstaunliche Beispiele für die Nutzung einer unerschöpflichen Ressource

Daniel Hautmann | 12. Oktober 2020 | 229 Seiten | Carl Hanser Verlag | ISBN: 978-3446464605 | 39,99 Euro

## Veranstaltungen

### 10. Fachtagung Kraft-Wärme-Kopplung

16. Oktober 2020 | Online  
Veranstalter: Umweltministerium Baden-Württemberg  
Preis: kostenfrei, Anmeldung erforderlich, [www.kwk-fachtagung.de](http://www.kwk-fachtagung.de)

### Infotag zur Flexibilisierung von Erdgas-KWK

21. Oktober 2020 in Duisburg  
Veranstalter: Netzwerk Flexperten  
Preise: 80 bis 260 Euro, [www.kwk-flexperten.net](http://www.kwk-flexperten.net)

### 17. Duisburger KWK-Symposium

22. Oktober 2020 in Duisburg  
Veranstalter: Universität Duisburg-Essen  
Preise: 60 bis 210 Euro, [www.uni-due.de/kwk](http://www.uni-due.de/kwk)

### ASUE-Fachtagung: Wärmepumpen mit Gasantrieb

27. Oktober 2020 | Online  
Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V.  
Preis: kostenfrei, [www.asue.de](http://www.asue.de)

### Digitaler B.KWK-Kongress 2020

3. bis 5. November 2020 | Online  
Veranstalter: Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e.V.  
Preis: kostenfrei, [www.bkwk.de](http://www.bkwk.de)

### Prosumertagung vom Bund der Energieverbraucher e.V.

6. bis 8. November 2020 am Bistensee nahe Kiel  
Ausgebucht, Details siehe ED 1/2020, Seite 33

### Mitgliederversammlung mit Fachvorträgen vom Bund der Energieverbraucher e.V.

14. November 2020 in Unkel  
Preis: kostenfrei, Anmeldung erforderlich  
Details siehe ED 2/2020 Seite 33 | Telefon: 02224.123123-0

### Deutscher Verbrauchertag 2020

16. November 2020 in Berlin  
Veranstalter: Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV)  
Preis: kostenfrei, Anmeldung erforderlich  
[www.vzbv.de/infothek/veranstaltungen/dvt](http://www.vzbv.de/infothek/veranstaltungen/dvt)

### Webinare

Viele kostenfreie Webinarangebote finden Sie auf der Seite der Energieagentur.NRW: [www.energieagentur.nrw/veranstaltungen](http://www.energieagentur.nrw/veranstaltungen)

### Videoaufzeichnungen

Zahlreiche Videos von Vorträgen und Webinaren stellen die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA), die Hamburger Energie- und Umwelttagung, Zebau sowie das BHKW-Forum kostenfrei zum Abruf auf YouTube bereit:  
[bdev.de/keabawuevideo](http://bdev.de/keabawuevideo) | [bdev.de/zebauvideo](http://bdev.de/zebauvideo)  
[bdev.de/umwelttagunghhvideo](http://bdev.de/umwelttagunghhvideo) | [bdev.de/prosumervideo](http://bdev.de/prosumervideo)

# Hauptversammlung und Tagung vom Bund der Energieverbraucher e.V.

Zusätzlich zur ordentlichen Mitgliederversammlung vom Bund der Energieverbraucher e.V. wird am 14. November 2020 ein für Energieverbraucher interessantes Rahmenprogramm stattfinden.

Zu den geplanten Vortragsthemen zählen:

- Fernwärmeanschlusszwang und überhöhte Preise
- Wärmewende im Eigenheim: Dämmung, Modernisierung und Neubaustandards
- Was kommt nach der Einspeisevergütung? Perspektiven für 20 Jahre alte PV-Anlagen
- Unterlassene Zählerablesung: Wie sich E.on und SH Netz die „Trübe Funzel“ verdient und warum das Problem viele Verbraucher betrifft



Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf Seite 34 in diesem Heft.



**bund der  
energie  
verbraucher**

Netzwerk Energiezukunft

**14.11.2020  
jetzt anmelden!**



Bund der Energieverbraucher e.V. | Telefon & WhatsApp: 02224.123123-0 | Fax: 02224.123123-9 | [info@energieverbraucher.de](mailto:info@energieverbraucher.de) | [www.energieverbraucher.de](http://www.energieverbraucher.de)

## Dein Traum

100 % Ökostrom von Produzenten, die nicht mit der Atom- und Kohlewirtschaft verflochten sind.

Ein genossenschaftlicher Energieversorger, der selbst aus der Anti-Atomkraft-Bewegung stammt und die Energiewende weltweit voranbringt.

Ach ja – und der Strompreis: bitte günstig.



## Die Realität

Gibt es: [www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.